

# Bergarbeiter-Zeitung

## Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abonnementspreis monatlich 50 Pf., vierteljährlich 1,50 Mk.; durch die Post bezogen monatlich 1,50 Mk., vierteljährlich 4,50 Mk. — Fest- und Versammlungsinserate kosten pro Zeile 25 Pf. — Geschäftsinserate werden nicht angenommen.



Verantwortlich für die Redaktion: Theodor Wagner; Druck: G. Handmann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, sämtlich in Bochum, Wittenhauser Straße 38—42. Telephon-Nr. 98 u. 89. Telegr.-Adr.: Arbeiterverband Bochum.

### Die Bergarbeiter. Im toten Jahre.

II.

Der Kapitalismus ist überall revolutionär, wo seine Expansion gehemmt, der Willkür und Ausbeutung Schranken gesetzt sind und konservativ überall dort, wo ihm alle Ausbeutungsmöglichkeiten eingeräumt sind und es sich um den Schutz des erworbenen Raubes handelt. Bringt der „Umsturz“ dem Kapitalismus Vorteile, wird dieser von ihm gefördert und wir finden seine Hauptvertreter in den vordersten Reihen der Umsturzpartei, während sie wiederum als ebenso „überzeugte“ Konservative auftreten, sobald eine Bewegung sich gegen das Kapital richtet. Wie der Kapitalismus sich auch gebärdet, ob revolutionär oder konservativ, stets treten seine Vertreter im Namen der ganzen Nation auf, während sie nur ihre Geldschränke im Auge haben. Für das Wohl der Arbeiter reden sie, aus ihrem Munde strömen Volkswohlthaten, im Herzen denken sie nur an das eigene Ich.

Einem eskalanten Wehler der revolutionären Gesinnung des Kapitalismus haben die Grubenbesitzer im „toten“ Jahr 1848 erbracht, die Sue gleich am Anfang seines zweiten Vandes schilbert und gehört dieses Kapitel mit zu den interessantesten in seinem ganzen Werk. Sue gibt zwar keine Schilderung über die Revolutionskämpfe und die einzelnen Vorgänge im „toten“ Jahr, weil es sich ja nicht um direkte Bergarbeiterkämpfe handelt, mit ihm diese Vorgänge außerhalb des Rahmens einer Bergarbeitergeschichte liegen, sondern er schildert uns nur den Kampf der Grubenbesitzer gegen die damaligen Bergwerksabgaben und Steuern sowie gegen die staatlichen Aufsichtsräte, das sogenannte Direktionsprinzip. Zwar haben sich die Bergarbeiter in Gottesberg in Niederschlesien und noch mehr die auf den v. Burg'schen Gruben im Wauenschen Grunde direkt an den Aufständen beteiligt und hat die Bergbehörde in Sachsen sogar eine Lohnaufbesserung der Bergarbeiter angeordnet, um sie vom Kampf abzuhalten. Immerhin erwähnt er — was für die Ruhrbergarbeiter besonders interessant und in Wos' Revolutionsgeschichte nicht angeführt ist —, daß sich in Dortmund ein „Konstitutioneller Klub“ gebildet hatte, der die revolutionären Kämpfe der Grubenbesitzer angehört. In diesem „Konstitutionellen Klub“ haben wir Männer wie Bergrat Braßfert, der spätere Berghauptmann in Bonn, Nynsch, später Landrat von Dortmund, Müller, nachmals Generaldirektor der Sauerländer W.-F.-G., Becker und Schmieding, später beide Oberbürgermeister zu Dortmund, Gerstein, Overbed, Ostermann, Kubßen, Dr. Sammacher und selbst Miquel, der spätere preussische Finanzminister. Von welchem „vaterländischen“ Geist diese Männer damals befeelt waren, geht am deutlichsten aus den Briefen hervor, welche der Herr Miquel um jene Zeit an Karl Marx geschrieben und von denen Webel einen auf dem Kölner Parteitag 1893 verlesen hat. In diesem Brief verächtliche der spätere preussische Minister v. Miquel Herrn Marx, daß er zur „radikalen Partei“ gehöre, nach Hannover geschickt worden sei, um dort Bauernaufstände zu organisieren! Er verächtelt Marx, daß seine Vergangene die sichersten Garantien böten für seine revolutionäre Zuberlässigkeit.

„Es ist wahr“, schrieb Miquel, „ich für meinen Teil kann nichts weiter tun, als Sie versichern, daß Ihr (Marx) Zweck der meinige ist. Als Kommunist und Atheist will ich, wie Sie, die Diktatur der Arbeiterklasse. Meine Mittel wähle ich einzig und allein nach der Zweckmäßigkeit. Dadurch aber trenne ich mich von Ihnen, daß ich fest überzeugt bin, die nächste Revolution bringt das Kleinbürgertum aus Ruher, die Arbeiterpartei wird den Sieg erröchten der hohen Bourgeoisie und den feudalen Rechten gegenüber, dann aber von den Demokraten beiseite geschoben werden. Wir können die Revolution auf einige Zeit vielleicht in eine antibürgerliche Richtung bringen, wir können vielleicht schon Grundbedingungen der bürgerlichen Produktion vernichten, das Kleinbürgertum niederzutreten ist unmöglich... Der partikuläre Terrorismus, die lokale Anarchie müssen uns ergehen, was uns im Großen abgeht. Klassenbewußtsein fehlt den meisten deutschen Arbeitern gänzlich, wir müssen den individuellen Gaf, die Nachlust der Bauern gegen den Wucherer, die Erbitterung des Tagelöhners gegen den „Bauern“ ausbeuten. Wir müssen an allen einzelnen Stationen so rasch und eindringlich terrorisieren, daß wir den demokratischen Ausbeutern bei der Vollendung ihrer Organisation als vollkommen siegreiche Macht entgegenzutreten können, und diese Organisation muß solange als möglich hinausgeschoben werden, damit in der Revolution sich das Klassenbewußtsein erst bilden kann. Wir dürfen die Kleinbürger nicht zu Atem kommen lassen, wir müssen durch der Kleinbürger eigene Mittel die revolutionäre Mut auf die Spitze treiben, dann gelingt es uns vielleicht, für kurze Zeit die Diktatur unserer Partei (die Sozialdemokratie) durchzuführen.“

Der „Kommunist“ und „Atheist“ Miquel, der nachher so lange auf einem preussischen Ministerstuhl thronen durfte und selbst nach Bekanntwerden dieses famosen Briefes weiter Minister blieb, hat hier einen so schönen Revolutionsplan entworfen, daß die Freunde des „politischen Massenstreiks“ sich ruhig schlafen legen können, weil sie die „Waffe“ nicht mehr besser „schärfen“ können. Wenn die Grubenbesitzer von 1848 nun auch nicht so weit gingen, wie der „Atheist“ und „Genosse“ Miquel, dessen „letzter Zweck“ der „Kommunismus“ dessen „erster Grundsatz“ ist. „Der Zweck heiligt die Mittel“ war, so stellten auch sie sehr radikale Forderungen auf, gegen die sich die Grubenbesitzer von heute mit aller Entschiedenheit wehren. So forderte der „Konstitutionelle Klub“ der rheinisch-westfälischen Bergwerksbesitzer: 1. Konstitutionelle Monarchie auf breiter demokratischer Grundlage; 2. direkte Volkswahl; 3. Freizügigkeit und völlige Rechtsgleichheit; 4. Volkswehr mit freier Wahl der Führer; Verminderung des bestehenden Seeres; 5. Freies Vereins- und Versammlungswesen. Das sind einige der Forderungen, für die sich die Grubenbesitzer von 1848 lebhaft ins Zeug legten, während die Grubenbarone von 1918 von all diesen Forderungen

nichts mehr wissen wollen. Anstatt Verminderung des Seeres fordern sie heute ständig dessen Vermehrung und anstatt Ausbau des preussischen Landtagswahlrechts fordern sie sogar Beseitigung des Reichstagswahlrechts und Festhalten am preussischen Dreiklassenwahlrecht. Damals aber brauchten sie vor allem die Konstitution, um die staatlichen Schranken zu beseitigen, durch die die Expansion des Kapitalismus und die schrankenlose Ausbeutung gehemmt wurde, während sie im heutigen Dreiklassenparlament eine genügende Interessenvertretung haben, auch wenn sie mehr oder weniger von den Junkern und den Domkapitularen abhängig sind. Diese sind ihnen immer noch viel zuverlässiger, als Arbeitervertreter, die sie aus der „Konstitution“ ausschließen.

„Nicht alle Zeiten passen für die Gesetzgebung; jene sind die geeignetsten, wo im Sturm alte Formen unaufhaltbar zusammenbrechen und eine großartige Anstrengung der Nation zur Erhaltung des Ganzen die Einzelinteressen verstummen macht“, schrieb der Grubenbesitzer Sarkot 1841 im „Westfälischen Anzeiger“, und er wußte denn auch die Zeit der „im Sturm unaufhaltbar zusammengebrochenen Formen“ günstig und geschickt für die Grubenkapitalisten auszunutzen. Sarkot und Genossen stellten sofort nach Zusammentritt des konstituierenden preussischen Landtags (22. Mai 1848) den Antrag, die Besteuerung der Bergwerke zu mildern, den Bergwerkszehnten und „zwanzigsten aufzuheben. Durch den Antrag sparten die Grubenbesitzer jährlich 600 000—700 000 Taler, etwa 2 Millionen Mark, für die damalige Zeit eine ungeheure Summe. Sie begründeten ihren Antrag damit, daß ihnen nur das Wohl der Bergarbeiter am Herzen liege, sie beleiße nicht an eine Selbstbereicherung dächten. Ein Vertreter von Schlesien sprach, im Namen von 320 000 Menschen“, die sich durch den preussischen Bergbau ernährten und die im größten Elend lebten. In Oberschlesien wütete der Hungerepidemie unter den Bergarbeitern, weil sie an Unterernährung litten. Das war durchaus richtig, nur hätte der Mann hinzufügen müssen, daß die dortigen Bergwerksbesitzer in kurzer Zeit Millionäre geworden waren. Der Hungerepidemie war absolut kein Beweis für die schlechte Lage des ober-schlesischen Bergbaues, sondern nur für die miserable Bezahlung der Bergflaven. Auch Sarkot sprach, im Namen von 300 000 Seelen“ für die Aufhebung der drückenden Steuern, worauf der Minister Gansemann, ein „liberaler“ Großkapitalist, antwortete:

„Wie wenig es sich hier um die Arbeiter handelt, geht daraus hervor, daß sich in keinem Stande so viele reiche Leute befinden, als unter den Bergwerksbesitzern! Noch kürzlich sei einer der reichsten preussischen Bürger gestorben, der seine Millionen im Bergbau erworben habe. Also muß es doch so schlimm mit der Sache nicht stehen, wenn man so viele Millionen gewinnen kann. Ich mag keine anderen Namen nennen, aber wer im Lande bekannt ist, dem wird mancher einfallen, der viel Geld im Bergbau erworben hat.“

Die Minister glaubten weder an die Notlage der Bergwerksbesitzer, noch an ihren Wohlwollenssinn, sondern merkten sehr gut, daß die Herren nur an ihr dreimalheiliges Portemonnaie dachten. Dennoch wurde die Regierung ermächtigt, durch eine „Remission“ den Bergwerkszehnten außer Kraft zu setzen und schon am 21. September 1848 wurde durch Kabinettsorder diese „Remission“ verfügt, womit die Bergwerksbesitzer gewonnen hatten. Sie begnügten sich aber keineswegs mit der Beseitigung der lästigen Bergwerkssteuer, sondern führten den Kampf mit aller Fähigkeit fort gegen die staatliche Bevormundung, gegen das Direktionsprinzip. So gar an das „Revolutionsparlament“ in der Pauluskirche zu Frankfurt stellten sie den Antrag:

„Der konstituierende Reichstag möge nach seiner definitiven Konstituierung in einer seiner ersten Sitzungen einen Ausschuss einsetzen mit dem Auftrag:

Die Grundzüge einer deutschen Bergordnung, insbesondere eines gemeinschaftlichen Bergrechts und einer gleichmäßigen Besteuerung des Bergbetriebes mit Aufhebung des Bergregals der Einzelstaaten und des Zunftbetriebes zu entwerfen und die Ausführung derselben auf geeignetem Wege vorzubereiten.“

Ein einheitliches deutsches Berggesetz forderten die Grubenbesitzer von 1848, während ihre schmerzreichen Epigonen von heute sich mit aller Macht gegen eine dahingehende Forderung der Bergarbeiter wehren. Damals lagen diese Forderungen, wie aus den Reden ihrer Begründer hervorgeht, durchaus im Interesse der „ganzen Nation“, wie heute die „ganze Nation“ dagegen ist, weil sie den Arbeitern allein Vorteile bieten würde.

Interessanter noch ist die Haltung der westfälischen Bergarbeiter im „toten“ Jahr. Sie haben sich, wie Sue annimmt, an den Aufständen nicht nur nicht beteiligt, sondern sie haben sich direkt gegen die „wählerischen, aufreizenden Umsturzbestrebungen der Gewerke“ gewandt. Diese durchbrachen damals schon vielfach das Direktionsprinzip, indem sie nichteingeschriebene Knappschaftsmittglieder anlegten und eingeschriebene entließen. Gegen diese „Umsturzbestrebungen“ der Grubenbarone erhoben die eingeschriebenen Knappschaftsmittglieder Einspruch und forderten von der Regierung, daß sie diesen „Wählerereien“ Einhalt geböte. In einem langen „Eingelant“ im „Westfälischen Merkur“ vom 15. Juni 1848 hieß es u. a.:

„... Es ist bisher noch niemandem eingefallen, gegen diese Ordnung vorzugehen, sie hat im Gegenteil überall Anerkennung und Schutz gefunden. Nur in der jüngsten Zeit des Wählens und des Aufwiegels sollen einige Gewerke im Essenschen und Märkischen gegen dieselbe, also feindselig gegen uns Knappschaftsmittglieder auftreten, uns den Tagelöhnern opfern wollen, und wenn ihr Wille nicht geschieht, damit drohen, sich an das Publikum sowie an die Tagelöhner zu wenden.“

Wir vertrauen, daß uns die Behörden kräftig gegen solche Ungerechtigkeiten und Verfassungsverletzungen schützen werden. Aber doch Feinden der bestehenden Ordnung, unseren Feinden, wollen wir doch bemerklich machen, daß sie ein gewagtes Spiel unternehmen, wenn sie das Publikum und die Tagelöhner gegen uns und die Behörden aufregen. Sie scheinen dabei zu vergessen, daß, indem sie eine Partei für sich gewinnen, sie die andere, welche die gerechte Sache vertritt, zu ihrem entschiedensten Gegner machen und sich selbst im größten Maße denjenigen Unannehmlichkeiten und Gefahren aussetzen, welche sie auf uns zu wälzen so bereit sind.“

Gegen die Umsturzbestrebungen der Werksherrn, gegen diese „Feinde der bestehenden Ordnung“ riefen die westfälischen Bergarbeiter 1848 die Behörden an und in der Tat wurde sogar gegen den Gewerke, Pastor Schulte aus Dortmund, ein Verfahren wegen Aufwiegelung eingeleitet! Heute, wo die Werksherrn Wache halten vor ihren gefüllten Geldschränken, sind sie „sichere Stützen der bestehenden Ordnung“, während die um etwas Lohn und Menschenrechte kämpfenden Bergarbeiter von ihnen als die „Feinde der bestehenden Ordnung“ verfahren und gegen sie die ganze Staatsgewalt aufgebietet wird. So ändern sich die Zeiten und mit ihnen die „patriotische Gesinnung“ der Stützen der Gesellschaft.

### Ursache und Umfang der niederschlesischen Verelendung.

Der Umstand, daß die Krankheitsziffern im Niederschlesischen Knappschaftsverein mit 78,88 Prozent die höchsten im ganzen Reich sind, und damit auch überhaupt die höchsten im deutschen Reich sind, gibt den Grubenbesitzern im Knappschaftsverein Anlaß zu Vorschlägen, die eine Verminderung der Krankenziffern herbeiführen sollen. Man will zunächst besoldete Krankenkontrollen einführen und die alten Knappen, an denen nicht mehr viel zu kurieren ist, ohne 20 wöchige Krankengeldbezugszeit sofort invalidisieren; sollten diese Maßnahmen nicht helfen, will man nach ober-schlesischem Beispiel zum Lazarettzwang übergehen.

Diese Vorschläge lassen erkennen, daß ihre Urheber in der hohen Krankenziffer in erster Linie das Ergebnis der Simulation betrügerischer Vergleute sehen, der durch eine angeblich schärfere Kontrolle vorgebeugt werden soll. Ueber die Haltlosigkeit der ober-schlesischen und scharbischen Beispieler braucht man nicht viele Worte zu verlieren. Tatsache ist, daß in Oberschlesien Tausende von Knappen mit geringen Verletzungen und schnell vorübergehenden akuten Erkrankungen, wie Diarrhöe, Influenza, Masern, lieber einige Tage zu Hause feiern, als sich dem Lazarettzwang zu unterwerfen, obwohl ihnen dadurch das Krankengeld für einige Tage verloren geht.

Tatsächlich ist aber die außerordentlich hohe Krankenziffer in der Hauptsache auf die körperliche Verelendung des größten Teiles der niederschlesischen Arbeiterfamilien zurückzuführen, über deren Umfang und deren Ursache wir uns in Kürze verbreiten möchten.

Der niederschlesische Steinkohlenbergbau entwickelte sich erst von der Mitte des 19. Jahrhunderts ab und bezog seine Arbeitermassen fast ausschließlich aus der damals schon degenerierten Handweberbevölkerung des Waldenburger- und Eulengebirges. Der Sieg des mechanischen Webstuhls untergrub schon von Anfang des 19. Jahrhunderts ab dem niederschlesischen Handweber die Existenz. Das Produkt der Maschine war billiger als das des Handwebstuhls und eroberte den Markt, wobei es auch den Preis des Handwebes so weit herunterdrückte, daß der Handweber das kümmerliche Stück Brot nicht mehr verdienen konnte. Während einige Fabriken zu Millionen wurden, zog der Handweber den Hungerknoten immer enger. Frau und Kinder mußten in der Hausweberei mitarbeiten, mit dem Erfolg, daß die ganze Familie in der Mode schließlich kaum mehr einen Taler verdiente. Vom vierten und fünften Lebensjahre an mußten die Kinder täglich 10 bis 14 Stunden bei denkbar schlechter Ernährung monotone Arbeit verrichten. Kein Wunder, daß sie zu Tausenden dem Siedetum verfielen. Wer hat noch nicht die Mark und Wein erschütternden Schilderungen Gerhard Hauptmanns in seinem Drama „Die Weber“ gelesen? Dort ist das Elend der niederschlesischen Weberbevölkerung in der frühkapitalistischen Zeit mit photographischer Treue geschildert.

In die Zeit des Todeskampfes der Handweberei fiel der erste Aufschwung des niederschlesischen Bergbaues. Im Jahre 1843 wurde die Bahnlinie Breslau-Freiburg dem Verkehr übergeben, die 1853 bis Nieder-Salzburg und bis 1868 über Dittersbach-Girschberg-Görlitz durchgeführt wurde. Damit war für den niederschlesischen Bergbau die Absatzmöglichkeit gegeben, die zu seiner Entwicklung erforderlich war. Es ist selbstverständlich, daß damit für die Nachkommenschaft der Weberbevölkerung eine andere, lohnendere Erwerbquelle gegeben war, die begierig aufgesucht wurde, weil man dem Handweberelend um jeden Preis entgehen wollte. Während die anderen Bergweber ihre Rentenbedarfe aus der Landwirtschaftlichen Bevölkerung nahmen, die verhältnismäßig gesund war, bildete die degenerierte Handweberbevölkerung für den niederschlesischen Bergbau.

Daß auf diese Bevölkerungsgruppe die schwere bergmännische Arbeit zunächst nicht regenerierend wirkte, ist um so einleuchtender, als nach Einführung der „Bergarbeit“ die Schichtzeit, die unter dem Direktionsprinzip allgemein acht Stunden währte, sofort auf zehn bis zwölf Stunden verlängert wurde. Im Jahre 1869 kämpften sie die Waldenburger Knappen unter Dr. Girchs Führung schon um Verkürzung der Arbeitszeit von 10 auf 8 Stunden. Erst 30 Jahre später errangen sie unter der Führung des Bergarbeiterverbandes die achtstündige Schicht. Die Lohnverhältnisse waren stets erbärmlich in Niederschlesien. Der Sauerlohn betrug nach amtlichen Angaben im Jahre 1868 2,36 Mk. und ging 1869 auf 2,30 Mk. herunter; die Streifforderung auf Erhöhung des Sauerlohnes auf 25 Groschen wurde nicht erfüllt. Im Gegenteil, in den folgenden zwei Jahrzehnten wurden die Löhne noch weiter heruntergedrückt, so daß der Sauerlohn 1889 bei Ausbruch der großen Verzweiflungskämpfe auf 2,18 Mk. stand. Auf der anderen Seite zogen die Lebensmittelpreise seit Einführung der Getreidezölle immer mehr an, so daß sich die Kaufkraft des Lohnes auch noch erheblich verringerte. Es liegt auf der Hand, daß diese Entwicklung der Bergarbeiterverhältnisse die bestehende Verelendung noch weiter verschärfen mußte.

Von 1889 ab trat unter dem Einfluß der Bergarbeiterbewegung eine ununterbrochene Steigerung der Löhne

ein, die 1900 für die eigentlichen Bergarbeiter unter Lage 3,27 Mark betragen. Um die Jahrhundertwende setzte die Verpflichtung der niederschlesischen Bergleute ein durch Gründung der Arbeitervereine (Kassener) Vereine, die durch Terror und Zuchthaus gefördert wurden; gleichzeitig kam auch der Kampf um die Lohnpolitik der Grubenbesitzer, so daß der Löhneinstieg bis auf 2,01 M. im Jahre 1902 herunterging und erst 1906 wieder die Höhe des Jahres 1900 erreichte. 1912 stand er ganze 86 Pf. höher als 1900, obwohl gerade diese Periode sich präzentierte als diejenige der wildesten Preissteigerungen für alle Lebensmittel. Die kümmerlichen Löhnerhöhungen bildeten durchaus keinen Ausgleich gegenüber der Teuerung. Selbst ein so unverdächtig Beobachter wie der Grubenbesitzer Dr. Gärtnner gesteht in seiner Denkschrift über die Notlage des niederschlesischen Bergmannes zu, daß die Preise der wichtigsten Lebensmittel in Niederschlesien von 1891 bis 1912 um 43,7 Prozent gestiegen seien, gegen 44,4 Prozent in Oberschlesien und 26,7 Prozent in Rheinland-Westfalen. Demgegenüber stieg der Durchschnittslohn der eigentlichen Bergarbeiter unter Lage aber nur von 2,74 M. im Jahre 1891 auf 3,88 M. im Jahre 1912; das sind nur 32,4 Prozent. War die Lohnsteigerung der neunziger Jahre noch der Preissteigerung der Lebensmittel angemessen, so war sie gerade im letzten Jahrzehnt des größten Lebensmittelschwungs völlig ungenügend. Die Folge mußte notwendig handgreifliche Unterernährung fast aller Bergarbeiterfamilien sein.

Damit wird die hohe Krankenziffer des niederschlesischen Reviers ohne weiteres verständlich als Folge vererbter Vererbung, die durch lange Arbeitszeit und jahrzehntelange Unterernährung noch verschärft wird.

Die Folgen der Vererbung sind aber nicht erst seit heute bemerkbar, wenn auch die Soldatendebatte des Grubenkapitals die Konstatierung der Tatsache stets als sozialdemokratische Verhöhnung begehrten. So zeigte die statistisch festgehaltene Geburtenbewegung schon in den 80er Jahren eine enorme Sterblichkeitsrate der niederschlesischen Bergarbeiterbevölkerung, die diejenige der drei anderen großen Bergreviere weit übertrug. Nach Dr. W. H. H. „Bergarbeiterbevölkerung und Fruchtbarkeit“ (München, Virch. u. Co.) zeigt die Statistik in den großen Bergrevieren im Durchschnitt der Jahre 1888 bis 1900 folgendes Bild:

| Revier                           | Sterbefälle pro 1000 | Säuglingssterblichkeit pro 100 | Von je 100 Einwohnern waren unter 14 Jahren |
|----------------------------------|----------------------|--------------------------------|---|
| Muhrebezir (14 Kreise)           | 23,7                 | 16,8                           | 39,3  |
| Saarbezir (3 Kreise)             | 21,6                 | 15,4                           | 38,3  |
| Oberschlesien (4 Kreise)         | 20,1                 | 21,4                           | 40,7  |
| Niederschlesien (Kr. Waldenburg) | 35,5                 | 33,9                           | 32,9  |

Der Menschheit ganzer Jammer packt uns angeht dieser Zahlen, die ganze Hände reden. Wie grauhaft hebt sich aus diesen nackten Zahlen das niederschlesische Elend ab! Die allgemeine Sterblichkeit ist um ein volles Drittel höher, als an der Ruhr und an der Saar; die Säuglingssterblichkeit ist sogar mehr als doppelt so groß als in jenen Revieren. Ein volles Drittel aller Neugeborenen rafft der Würgeengel im ersten Lebensjahre dahin! Seine Entearbeit wird am besten demonstriert durch die Tatsache, daß die Kinderzahl im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung viel geringer ist als in anderen Revieren. Beträgt der Anteil der Kinder doch nur 32,9 Prozent gegen 40,7 Prozent in Oberschlesien, das doch gewiß auch noch eine abnorm hohe Säuglingssterblichkeit hat. Dabei steht die Geburtenziffer im Kreis Waldenburg mit 48,8 pro 1000 Einwohner weit über dem Reichsdurchschnitt, der nur 37,5 Geburten pro 1000 Einwohner aufweist. Der betlehemitische Kindermord wird also von der Säuglingssterblichkeit Niederschlesiens noch weit in den Schatten gestellt. Ob da unseren Arbeiterwohlstandsherren im Bergbauischen Verein und den kirchlichen Erbpächtern christlicher Nächstenliebe, die sich stets in der Beschönigung der bestehenden Verhältnisse nicht genug tun können, nicht vor Grauen das Herz im Leibe bebt?

Man darf aber ja nicht glauben, daß diese furchtbare Vererbungserkrankung eine niederschlesische Eigentümlichkeit sei, die an der Bevölkerungsschichten in gleichem Maße bedrückt. Nein! Die übergroße Sterblichkeit ist eine nur der niederschlesischen Bergarbeiterbevölkerung eigentümliche Erscheinung, wie nachstehende Tabelle drastisch zeigt, die dem genannten Autor entnommen ist. Danach bleibt die Kindersterblichkeit (der Kinder unter 15 Jahren) der schlesischen Gesamtbevölkerung weit zurück hinter derjenigen der Bergarbeiterbevölkerung. Gleichzeitig zeigt die Tabelle auch die unerfreuliche Tatsache, daß der Storch besonders gern und oft bei den Bergarbeiterfamilien einkehrt. Für unsere Zwecke sind besonders die Ziffern des Regierungsbezirks Breslau von Interesse. Auf je 1000 Einwohner kamen:

| Regierungsbezirke | Geburten |      | Sterbefälle |      |
|-------------------|----------|------|-------------|------|
|                   | 1882     | 1895 | 1882        | 1895 |
| Uachen            | 35,2     | 39,5 | 37,4        | 36,1 |
| Leier             | 56,8     | 62,4 | 39,2        | 39,2 |
| Düsseldorf        | 30,8     | 34,0 | 41,4        | 30,8 |
| Wernberg          | 42,0     | 50,8 | 48,5        | 43,3 |
| Münster           | 56,1     | 67,4 | 35,2        | 39,9 |
| Merschburg        | 51,7     | 50,1 | 41,4        | 30,0 |
| Oppeln            | 55,2     | 69,5 | 43,3        | 43,2 |
| Breslau           | 64,1     | 69,5 | 40,1        | 39,4 |

Während also in allen anderen Bergrevieren Preußens (Saar, Ruhr, Bismarck- und mitteldeutsche Reviere) die Kindersterblichkeit der Bergarbeiterbevölkerung sich nicht wesentlich über die der Gesamtbevölkerung desselben Regierungsbezirks hebt und dabei sinkende Tendenz zeigt, hebt sich in den beiden schlesischen Regierungsbezirken Oppele und Breslau die Kindersterblichkeit der Bergarbeiterbevölkerung scharf ab von derjenigen der Gesamtbevölkerung und sie hat besonders im Regierungsbezirk Breslau (also im niederschlesischen Revier) eine scharf steigende Tendenz. In Niederschlesien ist die Kindersterblichkeit der bergmännischen Bevölkerung mehr als doppelt so hoch als die der Gesamtbevölkerung desselben Regierungsbezirks.

Wer wollte angesichts dieser Zahlen noch die körperliche Vererbung der niederschlesischen Bergarbeiterbevölkerung bestreiten? Hier läßt die schärfste und schändlichste Krankheitskontrolle nichts. Sie würde höchstens Erbitterung schaffen und der Denunziation Tür und Tor öffnen. Man glaube doch nicht an das Märchen der Simulation, wo man die gesunde Bergarbeiterfamilie fast für Ausnahmen halten muß. Der beruht die große Sterblichkeit etwa auch auf Simulation? Sollten die Todesfälle gar „simuliert“ werden?

Es fällt uns natürlich nicht ein, die unbestreitbare Vererbung der heutigen Bergwerksbesitzer oder den selbstbetrogenen Arbeiterzweckelkern im schwarzen Lager zur Last legen zu wollen. Sie ist das Erbe des kapitalistischen Raubhundes an der Gesundheit ganzer Bevölkerungsschichten in der frühkapitalistischen Zeit, die verächtlich wurde und noch verächtlich wird durch schlechte Entlohnung, schlechte Ernährung und schlechte Wohnungsverhältnisse. Durch das kurzfristige Verhalten der Gegner der Gewerkschaftsbewegung wird aber die bestehende Vererbung chronisch. Die Degenerationsmerkmale werden auf die kommenden Generationen vererbt und so müssen die entferntesten Nachkommen des lebenden Bergmanns noch den Fluch der Arbeiterzweckelkern und des Arbeiterberats tragen.

Hier helfen nur höhere Löhne, gute ausreichende Ernährung, gesunde Wohnungen, Schutz der Kinder und der Mütter vor der kapitalistischen Ausbeutung; und alles das wird dem niederschlesischen Bergmann streitig gemacht von kurzfristigen Grubenherren und ihren käuflichen Handlangern, die ihre Meinung mit der Stellung wechseln und in gelben Vereinen und in gelben Zeitungen gegen gute Bezahlung Kriederei und Denunziation für die höchsten Mannebtugenden des Arbeiters ausgeben und alles aufs glückliche begehren, was geeignet ist, dem Bergmann ein größeres Stück Brot, mehr Gesundheit, Freiheit und Lebensglück zu eringen.

Den Grubenbesitzern der frühkapitalistischen Zeit und ihren Kreaturen kann man noch Milderungsgründe zubilligen: sie wußten es nicht besser und sie hatten keine Ahnung von der furchtbaren Wirkung der kapitalistischen Ausbeutung. Wer aber im Zeitalter der Statistik den eigenen Profit noch über Leben und Gesundheit der Tausenden von Schatzgräbern stellt, der ladet eine Mitschuld auf sich, die auch durch scheinbar selbstlos gewährte Wohlstandsbeihilfen nicht gemildert wird. Hier ist für die niederschlesischen Arbeiterwohlstandsherren der Prüffstein ihrer Arbeiterwohlstandes. Hier gilt nur eine Wohlfahrt: mehr Lohn, denn mehr Lohn heißt mehr Brot und mehr Brot heißt mehr Gesundheit. Hier ist Rhodus, hier springe! N. O.

## 2. internationaler Kongress für Rettungswesen und Unfallverhütung.

Am 11. September, dem dritten Verhandlungstage, referierte in Abteilung VI: „Rettungswesen in Bergwerken und verwandten Betrieben“, der Primararzt Dr. Wilhelm Mager-Brünn über die Caissonkrankheit, ihre Verhütung und Hilfeleistung. Er führte u. a. aus:

„Die Krankheit befällt den Arbeiter meist erst nach Verlassen des Caissons, oft noch nach längerer Zeit. Freiwerdende Gase, die sich im Blute aufgespeichert haben, sind die Ursache der

Krankheitserscheinung. Das Gas, welches frei wird, ist Stickstoff. Der Stickstoff geht mit dem Blute keine chemische Verbindung ein und ruft beim Austritt Störungen in den Zellgeweben hervor. Es muß veratmet werden, die Gase auf natürlichem Wege, durch Bewegung, Atmung usw. aus dem Körper des Arbeiters zu entfernen. Durch eine schnellere Blutcirculation wird auch eine entsprechend schnellere Entgasung des Körpers herbeigeführt.“

Ueber die erste Hilfeleistung und den Rettungsdienst in den Minen referierte Dr. Staffen, Arzt des Arbeiterunfalldienstes in den Kohlenbergwerken von Montegnée Liège. Eingehend besprach er den Rettungsdienst in den Minen, den er mit dem Sanitätsdienst im Kriege vergleicht. Einem verunglückten Bergarbeiter kann in der Grube nur die allerbestmögliche Hilfe geleistet werden; er muß erst am Tageslicht befreit und ins Krankenhaus überführt werden, bevor seine Verletzungen gepflegt werden können. Es ist daher für einen Retter bei Grubenunfällen wichtiger, zu verstehen, wie ein Verunglückter befreit, transportiert und zutage gefördert wird, ohne daß seine Verletzungen dadurch verschlimmert werden, als wie eine Wunde gewaschen und desinfiziert wird. Die Ausbildung in der ersten Hilfeleistung bei Unfällen muß also vor allem jener der militärischen Sanitätswärter ähnlich sein. Die Verbandgegenstände für den Grubenrettungsdienst müssen sehr einfach und so beschaffen sein, daß ein erster Verband auch mit schmutzigen Händen vorgenommen werden kann, denn in der Grube ist es nicht möglich, auch die elementarsten Regeln der Antiseptik anzuwenden.

Auch die Rolle des Arztes muß sich bei Grubenunfällen darauf beschränken, die nötigste Hilfe zu leisten und den Transport der Verletzten zu leiten. Dr. Staffen tritt für das Zusammenwirken des Arztes mit den Direktoren der Bergwerke bei der Erforschung der Ursachen der Unfälle ein, wodurch die Verhütung der Unfälle gefördert wird, und legt einen monatlichen Ausweis über die Unfälle in den Bergwerken von Montegnée vor, der zum Zwecke der Erforschung der Ursachen und der Verhütung geführt wird.

Die Verwendung von Atmungsapparaten im Grubenrettungsdienst ist nach der Erfahrung Dr. Staffens nach nun fräulichen Wert und recht schwierig. Vom physiologischen Standpunkt ist bloß der Verolthapparatur (mit flüssiger Luft) vollkommen zufriedenstellend. Er bietet jedoch einen fundamentalen Mangel an: Die Schwierigkeit der Veroregung mit flüssiger Luft. Diese Schwierigkeit bewirkt es, daß bisher hauptsächlich Apparate mit komprimiertem Sauerstoff verwendet werden, deren Erfolge jedoch gegenwärtig sehr zweifelhaft sind. Die Frage der Atmungsapparate im Grubenrettungsdienst ist noch weit davon entfernt, gelöst zu sein; an der Vervollkommnung der Apparate muß unentwegt gearbeitet werden, denn nur so können unangenehme Überraschungen vermieden werden. Im gegenwärtigen Stande der Frage muß der Retter mit der Handhabung dieser Apparate sehr vertraut sein und auch vollkommen unterrichtet von der Gefahr, der er sich aussetzt. Nur auf diese Weise wird ihre Anwendung im Grubenrettungsdienste angebracht sein.

Ingenieur Gustav H. H. B. Oberbergkommissar referierte über Apparaterplosionen und Funktionsstörungen bei Regenerationsapparaten mit verdichtetem gasförmigen Sauerstoff. Er führte u. a. aus:

„Die im Grubenrettungsdienste benützten Regenerationsapparate mit gasförmigen Sauerstoff (Dräger, Westfalia, Fleuch, Davis, Weg und Tissot) leiden alle an den Nachteilen der Explosionen und Funktionsstörungen. Empfehlenswerte Schutzmaßnahmen gegen die Apparaterplosionen sind Drägers Schutzkonstruktionen, das explosionsfähige Manometer von N. Nowick und das Steinfilter von O. Neupert's Nachfolger in Wien.“

Die Funktionsstörungen der Regenerationsapparate werden zumeist durch das Reduzierventil verurteilt, das ein äußerst feinmechanisches Gerät darstellt. Diese Störungen können entweder einen Sauerstoffmangel oder einen Sauerstoffüberschuß bedingen. Gegen Sauerstoffmangel wurde von O. Neupert's Nachfolger das Doppelreduzierventil konstruiert, das aus zwei hintereinandergeschalteten Reduzierventilen besteht. Der Sauerstoffüberschuß wird durch die Alarmvorrichtung von Wilh. Hoforny dem Apparatträger signalisiert.“

Ueber Sauerstoff-Atmungsgeräte mit und ohne Injektoren referierte Bergassessor Dr. Ing. Forstmann-Essen, Leiter der Hauptstelle für das Grubenrettungswesen im rheinisch-westfälischen Steinkohlenbezirk. Er führte aus:

„Herr Professor Götman zu Birmingham hat im letzten Jahre Feststellungen darüber gemacht, daß die Unterdrucke in den mit Injektoren ausgerüsteten Atmungsgeräten bei Undichtigkeiten für den Apparatträger gefährlich werden können. Deswegen verwirft er die Injektorengeräte und empfiehlt, die vorhandenen Atmungsgeräte dieser Bauart durch Geräte ohne Injektoren zu ersetzen.“

## Die Erforschung der Kohle.

Prof. Dr. F. S. Kollmann-Darmstadt schreibt in der „Frankfurter Zeitung“:

Eine der wichtigsten Fragen, die die Richtung der technischen Arbeit der Gegenwart kennzeichnen, betrifft die rationelle Ausnutzung der in der Natur vorkommenden fossilen Brennstoffe. Je größer die bergbauliche Förderung der Steinkohlen und der Braunkohlen wird, um so mehr muß man bedacht sein auf eine weitgehende Ausnutzung der Naturkräfte im Kraftbetriebe, damit der Nationalreichtum, der in Gestalt von Kohlen als große Kraftreserve vorhanden ist, nicht weiterhin verhehert wird. Die Kohlenförderung im Deutschen Reich ist im Jahre 1912 bereits auf 177 Millionen Tonnen gestiegen und beträgt somit das Dreifache der Förderung des Jahres 1887. In diesen Ziffern läßt sich erkennen, welche ungeheuren wirtschaftlichen Werte in einer besseren Ausnutzung der Kohlenkräfte liegen. Der Wirkungsgrad unserer Kraftanlagen ist bis jetzt ein sehr mäßiger, der thermische Wirkungsgrad, d. h. die Ausnutzung des Wärmeinhalts des Brennstoffes, beträgt bei guten Kondensationsdampfmaschinen nach dem Verbundsystem nur 15 Prozent, bei dem gasförmigen Brennstoffmaterial der Dampfmotoren 36 Prozent. Bei den älteren Dampfmaschinen ist dieser Wirkungsgrad noch erheblich geringer, wesentliche Fortschritte in dieser Beziehung sind erst in den letzten beiden Jahrzehnten gemacht worden. Es liegt also noch ein sehr weites Arbeitsgebiet vor uns. Schon seit längeren Jahren machten maßgebliche Vertreter der Wissenschaft und der ausführenden Technik auf die Notwendigkeit einer gründlichen wissenschaftlichen Erforschung der Kohle hingewiesen, weil sie von dieser Erforschung neue Anregungen für die rationelle Ausnutzung der Kohle erwarteten.

So uralte auch der Bergbau und die Verwendung seiner Produkte für die Kraftgewinnung ist, so sind wir dennoch über die Produkte des Bergbaues in den wichtigsten Beziehungen noch sehr wenig unterrichtet. Wohl ist es uns bekannt, daß die Steinkohlen ebenso wie die Braunkohlen im Gegensatz zu den übrigen Gesteinsarten pflanzlichen Ursprungs sind und als durch chemische Vorgänge verwandelte Überreste einer üppigen Vegetation aus früheren Jahrtausenden angesehen werden müssen, die von der Natur mit schwebenden Gesteinsmassen von großer Mächtigkeit eingebettet worden sind. Die Geologie hat nun die Fragen der Haltung, der Knüpfung und Verwertung der Kohlenflöze und die Art ihrer Entstehung in vieler Beziehung aufgeklärt, dagegen wissen wir noch sehr wenig über die für die warmetchnische Ausnutzung besonders wichtige Frage der Zusammenfassung der Kohle. Es kommt hier eine lange Reihe von Verbindungen des Kohlenstoffs mit anderen Elementen und mit Verbindungen solcher Elemente in

Betracht, so daß wir in der Kohle ein Gemenge einer größeren Zahl von chemischen Verbindungen zu erkennen haben. Das eigentliche Wesen aller dieser zahlreichen chemischen Verbindungen und ihr Verhältnis zueinander und ebenso das Wesen des Gasgehaltes der Kohle ist aber bisher nur in sehr geringem Umfange aufgeklärt. Erst von systematischen wissenschaftlichen Untersuchungen und anschließenden praktischen Versuchen läßt sich die äußerst erwünschte Aufklärung erwarten. Was bisher durch physikalische Untersuchungen und durch die chemische Analyse geleistet worden ist, hat nur in vereinzelten Fällen die Richtlinien zur besserer Ausnutzung der Kohle erkennen lassen, so daß weitere systematische Untersuchungen dringend erforderlich sind, wenn der bisherigen Verfeinerung unserer Kraftreserven Einhalt geboten werden soll.

Diesem außerordentlich wichtigen Ziele soll nun das Institut zur wissenschaftlichen Erforschung der Kohle dienen, das von der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften im rheinisch-westfälischen Industriebezirk als dem wichtigsten Bergbaugebiet des Reiches eingerichtet wird. Seinen Sitz erhält dieses Institut in Wilhelm a. d. Ruhr. Die dortige Stadtgemeinde stellt die notwendigen Gebäude nebst den Einrichtungen zur Verfügung, zu den Untersuchungslokalen des Instituts leisten die großen Werke der rheinisch-westfälischen Montanindustrie auf längere Jahre hinaus namhafte Beiträge. Auf diese Weise ist eine Gewähr dafür geschaffen, daß die wissenschaftliche Erforschung in stetem Zusammenhang mit der praktischen industriellen Tätigkeit bleibt, damit sich aus diesem Zusammenwirken möglichst viele direkt verwertbare Resultate ergeben.

Das Arbeitsgebiet dieses Forschungsinstitutes ist nun ganz außerordentlich groß. Zunächst handelt es sich, wie schon angedeutet, um die Erforschung der Zusammenfassung der verschiedenen Kohlenarten, die auf dem üblichen Wege der Elementaranalyse nicht in der für die Ausnutzung der Kohle erforderlichen Vollständigkeit ermittelt werden kann. Von nicht geringerer Bedeutung ist die Frage der Entschlackung und Verwertung des Gasgehaltes der Kohle (an freiem Wasserstoff und Sauerstoff) und die Gewinnung des in der Kohle enthaltenen Stickstoffs und Schwefels. Der Einfluß des Wasserstoffes der Kohle auf die in derselben enthaltenen chemischen Verbindungen und damit auf den Heizwert bedarf ebenfalls der gründlichen Untersuchung. Ein weiteres höchwichtiges Arbeitsgebiet ergibt sich bei der Verkohlung der Steinkohle. Man weiß, daß schon heute die Nebenprodukte der Verkohlung der Steinkohle eine sehr große wirtschaftliche Bedeutung haben, die durch eine weitere systematische Untersuchung des Verkohlungsprozesses jedenfalls noch wesentlich gefördert werden kann. Deutschland hat bis jetzt in Bezug auf die Gewinnung der Nebenprodukte in der Kokerei den Vorprung vor den anderen Industrieländern, die noch zum guten Teil in den älteren unvollständig arbeitenden Werken die Verkohlung der Steinkohle betreiben. In den Vereinigten Staaten z. B. werden nach der Statistik des Jahres 1911 nur 22 Proz.

der erzeugten Koksmenge in den für die Gewinnung der Nebenprodukte eingerichteten Koksöfen gewonnen. Auch in England werden noch mehr als 40 Prozent der Koksmenge in den veralteten Openhearthöfen ohne chemische Nebenanlage erzeugt, während in Deutschland die Verkohlung schon längst nur noch unter gleichzeitiger Gewinnung der Nebenprodukte erfolgt. Diejenige Verkohlung unseres Landes zu erhalten und ihn weiter zu entwickeln, ist somit ein erdrebenswertes Ziel. Um welche Werte es sich hierbei handelt, ergibt sich aus folgenden Angaben: Der bei der Destillation der Steinkohle als Nebenprodukt abfallende Teer wurde in früheren Zeiten nur in den Gasaufstufen gewonnen. Heute dagegen liefern die Kokereien, bei denen sich eine Ausbeute an Teer bis zu fünf Prozent der in den Koksöfen eingebrachten Kohlenmenge ergibt, den weitaus größten Teil der Teerproduktion, die gegenwärtig in Deutschland über 12 Millionen Tonnen jährlich beträgt. In dem Steinkohlenteer nun sind 30 bis 35 Prozent Teeröl enthalten, das früher hauptsächlich zur Konservierung des Holzes verwendet wurde, neuerdings aber eine sehr wichtige Rolle als Brennmaterial für den Dieselmotor spielt. In Deutschland sind gegenwärtig auf den Heizwert des Gases bezogen, jährlich 400 000 Tonnen Teeröl verfügbar, diese Menge nimmt wegen der bedeutenden Ausdehnung der Kokerei und auch der Gasfabrikation beständig zu. Bei der Verkohlung der Steinkohle werden die Koksöfen mit Generatorgas gespeist, das in Koksöfen gewonnen wird, jedoch eine weitgehende chemische Ausnutzung der Koksöfen, alsdann werden die Gase zum Betriebe von Grogasmaschinen verwendet oder als Leuchtgas über weite Bezirke verteilt. Als Nebenprodukt ergeben sich bei der chemischen Behandlung enorme Mengen von wertvollem Teeröl, dem sehr geeigneten Brennmaterial der Dieselmotoren. Man kann annehmen, daß etwa 50 Prozent der in Deutschland geförderten Steinkohle zur Verkohlung geeignet sind und daß ferner von dem Rest der Flammkohlen und der mageren Kohlen ein erheblicher Teil für die Herstellung von Britkoks verwendet werden kann. Es wird also in nicht fernem Zukunft möglich sein, den größten Teil der Industrie für Feuerungszwecke mit Koksogas und für den Betrieb besonderer Anlagen mit dem ohne Rauch verbrennenden Koks zu versehen, so daß die vielbesagte Rauchbelästigung durch industrielle Anlagen zum mindesten sehr stark eingeschränkt wird. Wenn außerdem für Haushaltungszwecke die Delieuzung mehr und mehr sich einfindet, so darf auch hier eine wesentliche Verbesserung der Feuerungen in hygienischer Beziehung erwartet werden. Es liegt nahe, bei dieser Gelegenheit an den von William Siemens schon vor mehr als 40 Jahren ausgeprochenen Gedanken zu erinnern, der auf die Möglichkeit der direkten Verkohlung der Steinkohle in den unterirdischen Bergwerken und die Verteilung des Gases auf der Erdoberfläche hinwies. Neuerdings ist derselbe Gedanke auch von dem englischen Chemiker Sir William Ramsay ausgeprochen worden, dem es indessen verjährt hat, auf die Privatheit von William Siemens hinzuweisen.

Die Tatsache, daß solche Unterdrücke entstehen und hierin eine gewisse Gefahrenquelle liegt, ist bei uns lange Zeit bekannt. Trotzdem hielt man aber in Deutschland die Einführung der Injektoren für einen wesentlichen Fortschritt und begehrte den Bedenken dadurch, daß man die Rettungsmannschaften häufig auf die bei den Undichtigkeiten mögliche Gefahr hinwies und eine sorgfältige Prüfung unmittelbar vor Benützung des Atmungsgerätes verlangte. Die Veröffentlichungen von Prof. Cadman haben die Hauptstelle für das Grubenrettungswesen im rheinisch-westfälischen Steinkohlenbezirk zu ausgedehnten Versuchen veranlaßt, um den Umfang der Gefahr näher festzustellen. Die Versuche haben folgendes ergeben:

Die Höhe des in den Atmungsgeräten entstehenden Unterdrucks schwankt außerordentlich. Sie ist abhängig von

1. der Einstellung des Abblaseventils,
2. der Höhe der von dem Automaten erzeugten Depression und
3. davon, ob der Atmungsbeutel vollkommen mit Luft gefüllt ist oder nicht.

Die Menge der bei einer Undichtigkeit in das Atmungsgerät eindringenden Außenluft ist neben der Größe der Undichtigkeit ebenfalls von diesen drei Faktoren abhängig. Bei erheblichen Undichtigkeiten kann die Menge der eindringenden Luft gefährlich werden, wenn die Außenluft giftige Gase enthält. Derartige Undichtigkeiten können jedoch schon bei einer flüchtigen Prüfung mit dem Depressionsmesser festgestellt werden. Bei kleineren Undichtigkeiten (von 2 Millimeter Durchmesser), die man mit dem Depressionsmesser ebenfalls noch feststellen kann, wenn die Prüfung sorgfältig ausgeführt wird, bringt unter normalen Verhältnissen selbst bei größeren Anstrengungen nicht so viel Außenluft in das Atmungsgerät ein, daß das Leben des Apparatträgers dadurch gefährdet wird.

Hiernach hält Fortmann die gegen die Injektoren erhobenen Bedenken für übertrieben. Nach seiner Ansicht liegt kein Grund vor, die Atmungsapparate ohne Injektoren, mit denen erheblich weniger Arbeit geleistet werden kann, den Injektorenapparaten vorzuziehen.

Bergassessor **Grahn**, Lehrer an der Bergschule zu Bochum und Leiter des Rettungswesens bei der westfälischen Berggewerkschaftskasse referierte über neuere Konstruktionen von Sauerstoff-Atmungsgeräten mit Injektor zwecks Verhütung der Entstehung von Unterdruck. Seine Ausführungen sind in folgenden Zeitsätzen zusammengefaßt:

„Sauerstoff-Atmungsgeräte mit Injektor, wie insbesondere diejenigen des Drägerwerkes in Lübeck, der Maschinenfabrik Westfalia in Gelsenkirchen und der Mining-Engineering Co. Ltd. in Sheffield stehen seit einer Reihe von Jahren in den meisten Bergbaubezirken und in verwandten Betrieben im allgemeinen mit recht gutem Erfolg in Anwendung. Speziell auf der zur westfälischen Berggewerkschaftskasse gehörigen Bochumer Bergschule werden bereits seit 12 Jahren alle Schüler und öfter auch Grubenbeamte mit Injektor-Atmungsgeräten ausgebildet und ebenso lange werden solche Geräte im Ernstfall an Stellen des Bezirks ausgeteilt.“

Unfälle von der Art, wie einer nach Professor Cadman zu Birmingham auf einer englischen Steinkohlgarbe bei Swansea sich dadurch ereignet haben soll, daß durch Beschädigung des Regenerators kohlenoxydhaltige Grubenwetter in das Atmungsgerät hineingekammt worden sind, sind bisher meines Wissens im rheinisch-westfälischen Industriegebiet nicht beobachtet worden. Die von Professor Cadman festgestellte Tatsache, daß in Injektor-Atmungsgeräten Unterdruck entstehen und falls Undichtigkeiten an solchen Stellen vorhanden, Außenluft in das Gerät hineindringen kann, ist richtig und seit der Ingebrauchnahme dieser Geräte beobachtet worden. Die Größe des Unterdrucks kann unter besonders ungünstigen Umständen nach meinen Feststellungen bis zu 80 Millimeter Wassersäule betragen.

Zur Beseitigung der auf Grund der vorstehenden Tatsachen von manchen Seiten geäußerten Bedenken nehmen die ausführenden Firmen folgende Abänderungen bzw. Ergänzungen der bisherigen Bauart auf Wunsch vor:

Das Drägerwerk in Lübeck läßt bei dem bisherigen Modell 1911/12 den Injektor die Ansaugungsluft durch Regenerator hindurchblasen statt hindurchsaugen wie sonst.

Die Maschinenfabrik Westfalia in Gelsenkirchen und die Mining-Engineering Co. in Sheffield liefern zu dem bisherigen Modell 1912 einen zweiten, auf dem Rücken zu tragenden, großen Atmungsbeutel, der in den Kreislauf der Luft hinter dem Regenerator eingeschaltet ist. Der Beutel ist im Innern mit schwachen Gummibändern ausgerüstet, damit er sich zusammenzieht, sobald der gewöhnliche Unterdruck im Gerät fällt. Das Abblaseventil ist im Gegenstoß zu früher auf höheren Druck von etwa 100 Millimeter Wassersäule eingestellt.

Von diesen Neuerungen konnten bisher nur diejenigen der Westfalia im Lebensraum der Bergschule von mir erprobt werden. Hiernach ist richtig, daß bei sachgemäßer Benützung des Gerätes durch die genannten Neuerungen das Entstehen von Unterdruck besser als bisher verhindert wird.

Für den Gebrauch der Injektor-Atmungsgeräte bisheriger und neuerer Bauart im Ernstfall sind aber nach wie vor folgende Regeln die wichtigsten:

1. die Atmungsgeräte sind vor der Benützung in der sorgfältigsten Weise den bekannten Prüfungen, insbesondere auch auf Dichtigkeit, zu unterziehen;
2. das ganze Gerät und insbesondere die Atmungsfläche müssen voll mit Luft gefüllt sein, bevor der Rettungsmann sich anstrengen darf;
3. die Geräte sind während der Benützung dauernd durch den Führer zu beobachten.“

Professor Dr. **Lübke** führte in der nun einleitenden Diskussion u. a. aus: „Wenn unsere Apparate auch eine große Reihe Verbesserungen haben, so doch nur als Arbeits-, nicht als Rettungsapparate. Die meisten Opfer fallen durch Ersticken, bevor Hilfe gebracht werden kann. Daher müssen Einrichtungen geschaffen werden, den Gefährdeten unmittelbar Rettung zu bringen. Es müßte zu diesem Zwecke ein Selbstretterapparat konstruiert werden, den die Bergleute mitnehmen und im Ernstfall benutzen könnten, mit oder ohne Rettungskammern.“

Herr **Reinhard Dräger**, Besitzer der Drägerwerke in Lübeck, erwidert darauf, daß sich ein solcher Selbstretterapparat wie ihn Professor Lübke angeregt, bei dem heutigen Stand der Technik leider wohl kaum konstruieren läßt.

Von besonderem Interesse ist eine Mitteilung des Oberbergrats **Schlöfer** in Barsinghausen. Danach hat auf dem Bergmannstag vom 2. bis 5. September 1913 in Breslau Sanitätsrat Dr. **Fortmann** berichtet, daß das Kohlenoxydgas auf die Vergarbeitsähnliche Wirkung ausübe, wie der Alkohol; sie bekamen einen förmlichen Kohlenoxydrausch. Damit erklärte sich auch wohl die oft beobachtete Disziplinlosigkeit der Rettungsmannschaft, welche vorgehe, ohne auf Warnungen und Gefahren zu achten. Diese Tatsache sei ganz besonders zu beachten und dürften Mannschaften, bei denen befürchtet werden müsse, daß sie schon Kohlenoxyd eingeatmet haben, nicht mehr vorgeschickt werden, sie müßten im Gegenteil zurückgezogen und durch andere ersetzt werden.

### Zur Geheimgeschichte der „christlichen“ Gewerkschaften.

Au die Hintermänner der „Essener Volkszeitung“.

Wenn ein Verbrechenverbrecher in seinem eintönigen Zerkel zwischen der Schnapskeule, dem Einbruchsdiebstahl und dem Zuchthaus vor Gericht erscheint, so wird ihm pflichtgemäß die Liste seiner Vorstrafen vorgelesen.

Das Sündenregister der „Essener Volkszeitung“ ist nicht minder lang; Wahrheitsliebe und journalistischen Anstand, Würde und Ehrbarkeit hat sie längst eingebüßt. Das führende Organ der Zentrumspartei, die „Germania“ in Berlin, stellte ihr das folgende Zeugnis aus:

„geradezu ungläubliche Ueberhebung“ — „wahnwitzige Lächerlichkeit“ — „nichtsinnige Verlogenheit“ — „dummfremde Anmaßung“ — „chrabhsneiderische Neigung“ — „literarische Gewohnheitsdieberei“.

Die „Germania“ muß sich beklagen, daß sie von der „Essener Volkszeitung“ fortgesetzt befohlen wird, daß die gewerkschaftliche Gewohnheitsdieberei die genuine Ware mit einem erlogenen Korrespondenzzeichen als falsche Marke verleiht, um den widerrechtlichen Nachdruck auch noch als Originalkorrespondenz an die gekaufte Rundschau zu verhöfchern und zur Verbreitung dieser Nichtswürdigkeiten mit terroristischen Schimpfereien über die befohlene „Germania“ herzuführen.

So sieht die ärmliche Filiale der bademittischen Meinungs-fabrik in Essen aus.

Mit einem Aufwand grober Schimpfworte bezeichnet das schwarze Zentralorgan für Rheinland und Westfalen die stark beglaubigte Tatsache, daß der frühere Kardinal **Hubert Anton Fischer** im November 1910 anderthalb Millionen Franken in den Vatikan getragen habe und daß dieser protestantische Peterspfennig eine lukrative Umlage der Sapperindustrie vorkaufte, rundweg als „Märchen“.

Gemacht!

Der von der Diabetes (Zuckerharnruhr) arg zusammengeknüttelte und beinahe halbblinde Erzbischof von Köln kam früher in holländischen Winterwetter zu Rom an und nahm im österreichisch-deutschen Hospiz von Santa Maria dell'Anima beim Rektor **Lohniger** Wohnung.

Schon in den ersten Tagen erfuhr seine Umgebung, daß zu dem reichen Peterspfennig auch Protestanten seiner Diözese beigetragen haben. Waren das etwa die armen Pastoren vom Evangelischen Bund im Wuppertal?

Der Dominikanermissionar **Alfons Müller** in Rom, Mitarbeiter der „Täglichen Rundschau“ in Berlin, deren eifrig-nationale Haltung und bewährte Treue Dienste von dem Missionskapital im Ruhrbezirk sehr hoch eingeschätzt werden, bezeugte den protestantischen Peterspfennig auf anderthalb Millionen Franken. Diese Tatsache ist vom 12. November 1910 bis heute nicht widersprochen worden.

Damals lag die Enzyklika im Vatikan bereit, wodurch nicht nur das Latenunternehmen „Sillon“ des Französischen **Marc Saugnier** und die christliche Demokratie des Italiens **Romolo Murri**, sondern auch die Hilfsgruppe der Bademittischen „christlichen“ Gewerkschaften vernichtet werden sollten.

Die Seine Genier der Herr Kardinal **S. A. Fischer** in einer Unterredung mit dem Korrespondenten des Turiner „Momento“ darlegte, gelang ihm ein Aufschlag der Einrichtung der interkonfessionellen Gewerkschaften dadurch, daß er den Peterspfennig der Latenorganisation des französischen „Sillon“ mit den bischöflichen Loblied anvertrauten Gewerkschaften hervorholte.

Es war ein Aufschlag von 22 Monaten. Am 24. September 1912 erchien der Enzyklifikbrief an Kardinal **Georg Kopp**, den Gönner der „Berliner“.

„Nach den Reichstagswahlen wird der Papst sprechen!“ — telegraphierte schon im Dezember 1910 Dr. **G. M. Kaufmann** an einen Freund. Auf Betreiben der Geschäftskatholiken in der Kölner Marzellenstraße mußte ihr journalistischer Hansknicht in der Eifer der Bischöfen von Limburg und Trier in den Ehren liegen, auf daß sie den bösen Dr. Kaufmann nach seiner Mistreibung aus der Erzdiözese Köln auch noch aus Frankfurt a. M. verjagten, weil er als Erzpriester der Diözese keine als reisender Wolf in die Schluchten der Abruzzen geworfen werden müsse.

Der Gewährsmann der „Täglichen Rundschau“ gehörte dem von **Dominicus Guzman** zu Calaterra gestifteten Orden an, dem **Albertus Magnus** von Köln, **Thomas von Aquin**, **Meister Eckhart**, **John Tauler**, **Heinrich Suso**, **S. Sabonara** und **Lacordaire** zur Ehre gereichten. Das Wappen der Dominikaner zeigt einen Hund, der eine brennende Fadel im Munde trägt. Getreu diesem Wappenbild hat Herr **Alfons Müller** in die Dunkelheit gewisser Reliquienverehrung hineingeleuchtet und ein vorzügliches Buch über das „Præputium Christi“ in Calaterra geschrieben.

Gene „anderthalb Millionen Peterspfennig auch von protestantischen Spendern“ ans Tageslicht gezogen zu haben, ist ein nicht minder verdienstvolles Werk des Erdensmannes, dessen Gesellschaft den Hund mit der brennenden Fadel im Munde hoch hält.

Wer hat die anderthalb Millionen aufs Zahlbrett gelegt? Der polnische Kumpel **Kahntz Gembowski** aus **Pachonowo**, Vater von neun Kindern, der Kaplan **Randolin Schmittigens** im Esfeldorf Dahnen und der arme Küfer **Ignaz Jungblot** von **Triburgal**. Die Schwerindustrie ist auch nicht mit einem einzigen Pfennig zu „christlichen Zwecken“ beteiligt, beteuert das saturnal wegen seiner Lügenbeutelei von der eigenen Parteipresse mißachtete Blatt zu Essen-Nur in der Ribbelstraße 7. Seit wann gehören politische Geschäfte, Streik und Schonung der bademittischen Gewerkschaftler zu Zwecken der heiligen Kirche?

Am Schluße bricht der Größenwahn aus: die „Essener Volkszeitung“ gibt ihre Ablenkung namens der „Schwerindustrie“ ab.

Mit welchem Recht und mit welcher Legitimation zur Sache? Für den kommenden Winter soll der Verleger **Koenen** zu Heizungs-zwecken im Redaktionszimmer wirklich eine „schwere“ Kohlenhaufel angeschafft haben.

### Auswüchse des Prämienystems auf den fiskalischen Zechen Westfalens.

Der ausgedehnte Bergwerksbesitz des **Fiskus** in Westfalen fällt vor allen Dingen dem Staate dazu dienen, in vorbildlicher Weise auf die Bergarbeiterverhältnisse einzuwirken. Staatsbetriebe sollen nicht nur, sondern müßten Musterbetriebe sein. Aber in dieser Beziehung läßt namentlich der fiskalische Bergwerksbetrieb in Westfalen viel zu wünschen übrig. Der **Fiskus** ist der gelehrige Schüler des privaten Zechenkapitals und folgte gerne den Fingergängen des Privatkapitals bei der letzten Beratung des Berggesetzes, das Prämienystem auf seinen Gruben einzuführen bzw. auszubauen. Daß dadurch die Rentabilität sich heben werde, begründete der „christliche“ Bergarbeiterführer und Zentrumsmann **Dr. Urs**, um dem Fiskus die Sache schmackhaft zu machen. Ihm gingen, ja die vorgelegten Prämienliste nach nicht hoch genug, um so rascher wäre es, wenn er sich einmal nach der Wirkung durch dieses System erkundigen wollte. Der neue Berggesetz legte als Prämienystem fest für die Reviersteiger jährlich 20 bis 30 Mark, während die Höchstmehr für Fahrsteiger jährlich 400 Mark beträgt. Was für die folgenden oberen Beamtencategorien für Prämien-

läße festgelegt sind, scheidet hier aus, weil deren Behandlung die Grenzen dieses Artikels überschreiten würde. Denn gerade die Steiger und Fahrsteiger haben die Festschreibung der Schichtlöhne wie Gebirgs-löhne, wie überhaupt die ganze Lohnregulierung in Händen. Nun haben die beiden genannten fiskalischen Anlagen **Ver. Gladbek** und **Bergmannsglad** wenn auch keine allzu glänzende, so doch in Anbetracht der schwierigen Gebirgsverhältnisse immerhin zufriedene Entwicklung, wie folgende Tabelle zeigt:

|      | Zahresschreibung |               |
|------|------------------|---------------|
|      | Ver. Gladbek     | Bergmannsglad |
|      | To.              | To.           |
| 1909 | 1 047 680        | 478 367       |
| 1910 | 1 297 529        | 706 084       |
| 1911 | 1 501 050        | 1 099 828     |
| 1912 | 1 680 488        | 1 419 406     |

Gerade **Bergmannsglad** zeigt eine für die Verhältnisse glänzende Entwicklung. Die Förderziffer hat sich in dem angegebenen Zeitraum beinahe verdreifacht. Sie würde aber noch bedeutend höher gewesen sein, wenn der Streik 1912, der gerade hier glänzend stand, nicht dazwischen gekommen wäre.

Das hier mitgeteilte Prämienystem hat nun dazu geführt, daß eine nicht zu überbietende Anreizerei im Schwanze ist. Dem Reviersteiger sind sämtliche Befugnisse inbetrreff Lohnfestsetzung bzw. Regulierung genommen. Dieses besorgt ein Fahrsteiger, der sechs bis acht Steigerreviere unter sich hat. Die Reviersteiger, die doch jeden Tag die Arbeit befahren, läßt man nicht für fähig, die Lohnverhältnisse zu regeln, sie sind höchstens nur zum Antreiben gut. Nebenbei gesagt: Auch hier ist der **Fiskus** der gelehrige Schüler des Zechenkapitals.

Gerade auf **Bergmannsglad** herrschen miserable Verhältnisse. Die Kohle wird bis zum Wergel abgebaut. Kurz und bündig skizziert: Das Hangende drückt, die Stöße drücken, das Liegende quillt. So sind die allgemeinen Verhältnisse auf **Bergmannsglad**, wozu noch recht hohe Temperaturen sowie viele nasse Arbeitspunkte kommen. Diese Verhältnisse erfordern eine Anzahl Verbauer, Reparaturmänner usw., also „unproduktive“ Arbeiter. Diese muß man zum größten Teil aus der „produktiven“ Klasse, also der **Haueklasse**, nehmen. Sie sind also ihrem Willen entgegen der Kohlenabfuhr entzogen. Die Gerechtigkeit erfordert nun, daß diesen Haue-Verbauern mindestens der Haue-Durchschnittslohn des letzten Quartals gezahlt wird. Dieser — 6,21 Mk. — ist wahrlich nicht zu hoch. Aber was wird gezahlt? 6 Mk., 5,80 Mk. bis 5,50 Mk. zahlt der **Fiskus** diesen Arbeitern, die er entgegen ihrem Willen von der Kohlenabfuhr genommen hat, wiewohl diese hier auch 7 bis 8 Mk. verdienen könnten. Dieses schreiende Unrecht ist eine der Folgen des Prämienystems.

Um die Selbst- und Unkosten noch weiter herabzudrücken, ist in vielen Fabrikationen das Alleinarbeiten eingeführt. Wenig wird danach gefragt, wie der allein arbeitende, „unproduktive“ Arbeiter mit den acht, neun- bis zehnjährigen Stempeln, wie er mit den ein bis drei Meter langen Eisenbahnschienen fertig wird. Auf Vorhaltungen wird gesagt: „Der nächste Kamerad kann helfen.“ Dieser Kamerad arbeitet manchmal im Abstand von 50 bis 100 Meter. Das Hin- und Hergehen, sowie andere, nicht vorgesehene Umstände — Platzmangel usw. — sind dazu angetan, ihn länger wie vorgesehen von seiner Arbeit fernzuhalten. Seine eigentliche Arbeit wird nicht fertiggestellt. Es heißt: „Meine Leistung!“ Eventuelle Einwände läßt man nicht gelten. So spart man beim Zapfen und läßt durchs Spundloch laufen!

Aber auch in anderer Hinsicht ist das Alleinarbeiten zu verwerfen. Angenommen, der allein arbeitende Kumpel wird von herabfallendem Gestein getroffen. Vergeblich ruft er um Hilfe. Die 50 bis 100 Meter entfernt arbeitenden Kameraden hören ihn nicht. Allein muß er mit zerstückelten, zerhackten Gliedern liegen bleiben, bis ihm zu fälliger Hilfe kommt, wenn er im schlimmsten Falle nicht schon erstickt oder verblutet ist. Hier wäre es Pflicht der Aufsichtsbehörde, nach dem Nechten zu sehen.

Dieses Sparen am falschen Ende hat von selbst zur Folge, daß die Strecken, **Bremsberge**, **Stapel**, **Querschläge** und **Nachtstrecken** in einem schlechten Zustande sind. Es ist den Schleppern und **Lechhauern** nicht möglich, das bisherige Pensum nach den **Bremsbergen** und **Stapeln** zu bringen. Mit zerschundenen Rücken leiden diese jugendlichen Arbeiter hinter den **Steig** und **Kohlenwagen** hier. In einer Stelle werden die **Stoßhauer** an einer anderen die **Hangendenhäger** befragen. Der enorme Gebirgsdruck läßt aber keine geschwächten Hölzer zu. Eines guten Tages ist der **Bruch** da. **Schlepper** und **Lechhauer** können von Glück sagen, daß sie nicht darunter liegen. Wie leicht konnten die Hölzer nachgeben, der **Bruch** entstehen, wo sie mit dem **Wagen** vorbeifahren. Nebenbei findet die **Kohlenförderung** der betreffenden Arbeitsstelle, bis der **Bruch** wieder aufgebaut ist. Größeren Einhalt in der **Kohlenförderung** richtet ein **Bruch** in den **Bremsbergen**, **Stapel**, **Querschlägen** und **Nachtstrecken** an. Darunter leiden meistens mehrere **Steigerreviere**, sie sind in der **Kohlenförderung** lahmgelegt. Hätte man in den geschilderten Fällen nicht an den „unproduktiven“ Arbeitern gespart, wäre hier und da ein **Holz** eingewechselt, so wäre in der eigentlichen **Kohlenförderung** keine **Störung** eingetreten. **Steiger** wie **Fahrsteiger** wären eher zu ihrem „**Soll**“, also auch zu ihrer **Prämie**, gekommen.

Nun soll dieser **Förderausfall** aber wieder heraufgeholt werden. Dem **Nachtsteiger**, der die **Reparaturarbeiten** zu regeln hat, wird befohlen, seine Leute, also die **Verbauer** und **Reparaturhauer**, vor die **Kohle** zu legen. Es soll vollgeleert werden, um den durch **Brüche** entstandenen **Förderausfall** wieder auszugleichen. Vergebens wehrt sich der **Nachtsteiger** dagegen. Alle Einwände, wie er würde seine **Arbeiter** zu **Reparaturarbeiten** haben, fruchten nichts. Es wird von oben befohlen, die unteren haben zu gehorchen, auch gegen ihren Willen. Doch auch dieses rächt sich. Eines guten Tages ist der **Steiger** mit seiner ganzen **Kohlenförderung** ist. Wohl oder übel müssen dem **Nachtsteiger** mehr **Verbauer** usw. bewilligt werden. Die **Kohlenförderung** ist in den **Förderhöfen** auf ein Minimum beschränkt, wenn nicht ganz eingestrichelt. Die **Betriebsleitung** oder die **Inspektion** forscht nach dem **Rechten**, läßt sich in erster Linie von dem betreffenden **Reviersteiger** und nachher vom **Fahrsteiger** Bericht ermitteln. Der **Fahrsteiger** weiß sich rein zu waschen. Was hat er auch mit der eigentlichen **Führung** des betreffenden **Reviers** zu tun? Das sind ja Sachen des betreffenden **Reviersteigers**! Auf diesen entlastet sich der **Joyn** der obersten Vorgesetzten, der **Betriebsleitung**, der **Inspektion**. Es ist besser für ihn, zu schweigen, mit seiner eventuellen **Degradierung** zum **Nittag** oder sogar zum **Nachtsteiger** zufrieden zu sein. Alles dieses, der **Förderausfall**, die **erregten Auseinandersetzungen**, die **Degradierung** des **Steigers** usw., wäre nicht erfolgt, wenn man nicht, um die **Selbst- und Unkosten** zu verringern, an den „unproduktiven“ Arbeitern gespart hätte. Und wie der **Eingeweihte** weiß, tritt das „**Aufdrehen**“ der **Arbeiter** nach solchen **Verfällen** noch stärker wie vorher in **Erscheinung**.

Der nach dem **degradierten** **Steiger** kommende will alles gerade machen, was **krumm** ist. Die „**produktiven**“ Arbeiter in den **Förderhöfen**, die „**unproduktiven**“ in der **Nachtsticht** gehen laufen. Die **Zeche** gleicht einem **Taubenschlag**, jeden **Monat** neue **Gestirter**. Das **Ende** vom **Liebe** ist: **Arbeiter** und **Beamtens** laufen in **Scharen** weg, denn an die **letzteren** wird wegen der **Massenflucht** der **Arbeiter** herangetreten. Um weiteren **Schikanen** aus dem **Wege** zu gehen, kündigen diese **Selbst**. Beide Teile denken darüber nach, wie herrlich es ist, **Staatsarbeiter** oder **Staatsbeamter** zu sein.

Das sind die **Folgen** des **Prämienystems**. Weitere **Auswüchse** können wir im Rahmen dieses Artikels nicht behandeln. Wir betonen aber ausdrücklich: jeder Tag zeitigt neue **Auswüchse**, welche für den **Staat** keineswegs **schmeichhaft** sind. Und wenn die **Knapptätts-Bewußtgenossenschaft**, **Sektion II**, in ihrer **Statistik** die **Unglücksfälle** jeder **Zeche** unter der **Hudril**: „**Unglücksfälle** infolge **Mängel** des **Betriebes**“ einzeln auflühren wollte, wir sind gewiß: die **fiskalischen** **Zechen** des **Kuhrebers** ständen **prozentual** an **erster** **Stelle**. Und das alles infolge **falscher** **Sparmaßregeln**, welche **bedingt** ist durch ein **unangenehmes** **Prämienystem**, welches **dazu** noch **von** einem **ehemaligen** **Bergmann**, dem **ehemaligen** **Vorsitzenden** des **christlichen** **Gewer-**  
**vereins**, über den **Schellendans** gelobt wurde.

### Volkswirtschaftliche Rundschau.

#### Ausländische Syndikatsmacht in Deutschland.

Dem „Berliner Tageblatt“ (Nr. 475 vom 18. September 1913) entnehmen wir:

Der nunmehr der breiten Öffentlichkeit bekannt gegebene Plan der Goresheimer Glashüttenwerke, eine Spiegelglasfabrik in Betrieb zu setzen, lenkt die Aufmerksamkeit auf die Verhältnisse, wie sie selbst im Syndikatswesen nicht oft anzutreffen sind, nämlich auf die Macht der „Spiegelglasleute“. Diese geht so weit, daß bisher noch kein Glashüttenwerk den Mut gehabt hätte, offen gegen sie anzukämpfen. Ihre Machtstellung haben die Spiegelglasleute denn auch beständig auszunutzen verstanden. Die hohen Dividenden, die ihre Werke jährlich, jährlich zahlen und die hohen Kurse ihrer Aktien sind hierfür stumme Zeugen. Wie gewinnbringend die Industrie sein muß, mag die Geschichte einer Gründung in der Spiegelglasindustrie die bisherige Entwicklung der Spiegelglaswerke „Germania“ A.-G. in Vörs am Rhein zeigen. Das Unternehmen wurde von ausländischen Kapitalisten um die Jahrhundertwende auf deutschem Boden errichtet. Die ersten Jahre waren naturgemäß Baujahre und blieben ohne, für das Jahr 1905 wurden aber bereits 15 Prozent, für 1906 20 Prozent Dividende, in den nächsten Jahren einmal 13 Prozent und zweimal 15 Prozent, für 1910/11 21 Prozent und für das Ende März 1912 abgelaufene Geschäftsjahr sogar 27 Prozent gezahlt. Erreicht die Zahl 27 schon an sich sehr hoch, so ist obenstehendes zu berücksichtigen, daß allein 80 Prozent des gesamten Bruttoertrages des Unternehmens in 1911/12 zu Vergütungen, Abschreibungen und Rücklagen benutzt worden sind. Daß bei solcher Sachlage Leute, die wie der Generaldirektor Herr von Goresheimer Glashüttenwerke in der Glasbranche stehen, den Wunsch haben, auch ihren Aktionären die Vorteile einer so rentablen Produktion zuzuführen, ist leicht verständlich.

Gefallen worden die Preise am Spiegelglasmarkt durch das internationale Syndikat spielen die Hauptrolle belgische und französische Glashüttenwerke. Ihr Anteil am Syndikat dürfte 80 Prozent betragen, während die deutschen Werke nur mit insgesamt 20 Prozent daran beteiligt sind. Der tatsächliche Einfluß des ausländischen Großkapitals auf die Spiegelglasindustrie findet indes in dem zahlenmäßigen Anteil noch nicht den vollen Ausdruck. Man sollte meinen, daß ein Land wie das deutsche Reich unabhängig wäre von der ausländischen Großfinanz oder sich mit Hilfe seiner Banken davon unabhängig machen könnte. Aber in der Praxis sieht die Sache hinsichtlich der Spiegelglasindustrie anders aus. Wie erwähnt eingangs schon die den schönen deutschen Namen tragende Spiegelglasfabrik „Germania“ in Vörs, die aber in Wirklichkeit nur eine Niederlassung der mächtigen belgischen Spiegelglasmanufaktur der „Glaces Nationales Belges“, St. Roch-Quelwas, ist. Schon wesentlich früher als die belgische Spiegelglasmanufaktur hat es aber das bedeutendste Mitglied des internationalen Syndikats, die französische „Man. des Glaces et Produits chimiques de St. Gobain Chauny et Cirey“ in Paris, verstanden, sich am deutschen Markt eine Art Monopolstellung zu schaffen. Die wichtigsten Anlagen der deutschen Spiegelglasindustrie gehören nämlich diesem Unternehmen, das bedeutende Werte u. a. in Rheinland (Stolberg) und Baden (Waldhof) besitzt. Gerade diese Gesellschaft, die übrigens über das staatliche Aktienkapital von 80 Mill. Fr. verfügt, ist dabei die gefährlichste, mit der sich niemand gern in einen Kampf einlassen möchte.

War ihr und ihren Verbündeten schreckt offenbar auch die Goresheimer Glashütte bisher zurück, einen seit langen Jahren gehegten Wunsch in die Wirklichkeit umzusetzen. Denn daß Generaldirektor Herr von Goresheimer sich schon seit geraumer Zeit mit dem Gedanken trug, auch die Spiegelglasfabrikation in die Hand zu nehmen, das konnte der, der ein wenig Einblick in die Verhältnisse hatte, aus seinen Geschäftsberichten herauslesen. Aus den Jahresberichten wurden nämlich immer größere Summen zum Vortrag auf neue Rechnung gebracht, die offensichtlich die Mittel geben sollten, eine Spiegelglasfabrikation zu bewerkstelligen. Aber er mußte sehr raffiniert zu Werke gehen. Die Spiegelglasfabrik, die er bauen wollte, sollte 8 Mill. Mk. kosten. So viel konnte die Goresheimer Glashütte unmöglich aus ihren bisherigen Gewinnen erzielen und in ihren Bilanzen verdeckt halten. Ein gemeinsames Vorgehen mit Dritten war von vornherein geboten. Sätte man indes gleich eine Aktiengesellschaft mit 8 Mill. Mk. Aktienkapital errichtet, so wäre das weiteren Kreisen aufgefallen. Man begnügte sich damit, das neu zu errichtende Unternehmen nach außen hin nur mit einem Aktienkapital von 400.000 Mk. auszustatten und die übrigen 1000 Mk. nach ein Darlehen von 6000 Mk. gab. Damit nun die gefährlichste Spiegelglasfabrik nicht merken konnte, was tatsächlich vorging, gab man dem neugeborenen Kinde, das einst die Spiegelglasfabrik repräsentieren sollte, den Namen einer „Chamoisfabrik“. Trotzdem blieb das Vorhaben der Goresheimer Glashütte den Spiegelglasleuten nicht ganz verborgen. Unseres Wissens war man in ihren Kreisen schon sehr früh über die Pläne des Herrn von Goresheimer orientiert worden. Und was geschah? Das Spiegelglas Syndikat gründete eine Flaschenfabrik bei Dorsien, die den Goresheimer Glashüttenwerken, deren Hauptproduktionszweig bisher die Herstellung von Flaschen war, Konkurrenz machen sollte.

Man darf nun auf die Weiterentwicklung der Verhältnisse sehr gespannt sein. Wird das Spiegelglas Syndikat sich mit der Goresheimer Glashütte in einen offenen Kampf einlassen oder nicht? Kommt es dazu, dann werden die weiten Schichten des Konsums jedenfalls den Hauptvorteil davon haben, denn das Produkt „Spiegelglas“ kann mit Gewinn noch zu wesentlich niedrigeren Preisen als heute abgegeben werden. Kommt es nicht zu einem Kampfe, sondern einigt sich das Syndikat mit Goresheimer, dann werden die Aktionäre der Goresheimer Glashüttenwerke die ausschließlichen Vorteile aus der neuen Situation haben.

Im allgemeinen ist, was die derzeitige Lage der Spiegelglasindustrie anlangt, eine Abwärtstendenz nicht zu verkennen. Wenn aber das Syndikat offiziell bekannt gibt, daß es für das laufende Quartal die Zahl der Betriebsfertigtage von 30 auf 37 erhöht habe, so darf dies doch nicht tragisch genommen werden. Diese Betriebsfertigtage gehören zu den größten Bluffs, mit denen das Syndikat es verstanden hat, sich eine etwa neu entliehene Konkurrenz vom Hals zu halten. Zur Illustration diene: Im Jahre 1912 hat es beim internationalen Spiegelglas Syndikat nicht weniger als 140 (!) sogenannte „Betriebsfertigtage“ gegeben. Dividenden: Rheinische Spiegelglaswerke Erhöhung von 18 auf 20 Prozent, Deutsche Spiegelglasfabrik wieder 25 Prozent.

Es haben sich danach unter der Herrschaft der Spiegelglasleute Verhältnisse entwickelt, die für das Gesamtinteresse von größtem Nachteil sind. Besser liegen die Verhältnisse aber auch nicht bei den übrigen Syndikaten. Größer noch wie die Macht der Spiegelglasleute ist z. B. die der Kohlenkönige. Nach dem Grubenkapital ist international und waterlandlos. Nach dem letzten Abrechnungsbericht sind allein in den Aufschüß- und Verwaltungsbereichen der Eisindustrie des Westens 80 Personen, die ihren Wohnsitz haben in Konstantinopel, London, Paris, Amsterdam, Wien, Brüssel etc. Sie trägt der deutsche Bergarbeiter seine Haut für einen viel zu niedrigen Lohn zu Markte, sie über auch auf die Preisbildung der Kohlenindustrie bestimmenden Einfluß, während das Gesamtinteresse noch in größerem Maße wie die Spiegelglasleute, nur um ihre Taschen zu füllen.

#### Die Teuerung in Rheinland-Westfalen.

Die Raschelle der gegenwärtig herrschenden Lebensmittelteuerung werden erst dann recht offenbar, wenn man ihre Einwirkung auf die Lebenshaltung der breiten Volksschichten feststellt. Es genügt nicht, daß man einfach die Preisnotierungen für gewisse Waren vergleicht, man muß vielmehr gleichzeitig die Bedeutung der einzelnen Nahrungsmittel für den Haushalt berücksichtigen. Dies geschieht am besten, indem man auf Grund der Preisstatistik die Haushaltskosten für eine Familie berechnet. Für eine vierköpfige Arbeiterfamilie, Eltern und zwei Kinder, stellen sich die Kosten des wöchentlichen Nahrungsmittelverbrauchs in den Jahren 1896-1905 und im August der Jahre 1911 und 1912 durchschnittlich auf:

|           | 1896  | 1900  | 1905  | 1911  | 1912  |
|-----------|-------|-------|-------|-------|-------|
| Rheinland | 20,40 | 21,51 | 23,02 | 26,17 | 26,74 |
| Westfalen | 18,65 | 19,55 | 21,86 | 24,06 | 25,98 |

Es ist bemerkenswert, daß mit der fortschreitenden Industriealisierung Westfalens sich die Indeziffer für diese Provinz immer mehr heranzugewinnen beginnt. Beide Provinzen gehören zu den teuersten Gegenden des deutschen Reiches. Für einige wichtige Plätze der Rheinprovinz wurden folgende Indeziffern in Mark berechnet:

|            | 1896  | 1900  | 1905  | 1911  | 1912  |
|------------|-------|-------|-------|-------|-------|
| Nachen     | 21,80 | 21,98 | 23,40 | 26,67 | 26,25 |
| Barmen     | 20,84 | 22,74 | 24,04 | 25,74 | 25,71 |
| Rhin       | 20,78 | 21,87 | 23,88 | 27,18 | 28,85 |
| Krefeld    | 18,57 | 19,88 | 21,41 | 28,50 | 28,52 |
| Düsseldorf | 21,45 | 22,83 | 21,88 | 26,07 | 27,06 |
| Sollingen  | 19,11 | 20,70 | 24,18 | 25,14 | 25,86 |
| Trier      | 22,47 | 23,52 | 22,41 | 24,60 | 26,61 |

Der erhebliche Rückgang der Indeziffer für Krefeld seit dem Jahre 1911 erklärt sich daraus, daß die dortige amtliche Preisstatistik ihre Erhebungsmethode seitdem „verbessert“ hat. Man hat jedoch bisher noch nicht gehört, daß sich Käufer und Verkäufer den veränderten amtlichen Notierungen assimilieren haben. Für die wichtigsten Orte der Provinz Westfalen berechneten sich die Kosten des Nahrungsmittelverbrauchs auf:

|           | 1896  | 1900  | 1905  | 1911  | 1912  |
|-----------|-------|-------|-------|-------|-------|
| Dortmund  | 18,24 | 19,58 | 22,11 | 24,24 | 24,84 |
| Bielefeld | 18,00 | 19,90 | 21,87 | 25,11 | 26,43 |
| Vaderborn | 18,08 | 19,14 | 21,87 | 23,25 | 24,00 |

Für Westfalen berechnete sich die Indeziffer im August 1913 auf 26,78 Mk. gegen 23,68 Mk. im August 1911.

### Aus unseren Rechtsabteilungsbüros.

#### Lieferung künstlicher Gliedmaßen durch die Knappschäfts-Berufsgenossenschaft Sektion II zu Vörs.

Nach dem alten Unfallgesetz und nach § 538 der Reichsversicherungsordnung haben die Unfallkassen diejenigen Hilfsmittel, welche erforderlich sind, um den Erfolg des Heilverfahrens zu sichern oder die Folgen der Verletzung zu erleichtern (Krücken, Stützvorrichtungen und dergleichen) auf ihre Kosten zu liefern. Unter diese Hilfsmittel fallen auch die künstlichen Gliedmaßen. Doch ist z. B. die Unfallkasse nicht verpflichtet, ein vollständiges künstliches Bein zu liefern, sondern sie kann einen hölzernen Stelzfuß liefern. Mit der Begründung, daß hölzerne Stelzfüße leichter seien, ist denn auch seitens der Knappschäfts-Berufsgenossenschaft Sektion II zu Vörs die Lieferung ganzer künstlicher Beine wiederholt abgelehnt worden. In letzter Zeit jedoch ist man bei dieser Unfallkasse freigebiger in Bezug auf Lieferung ganzer künstlicher Gliedmaßen geworden. Das mag vielleicht daher kommen, daß der Nachfolger Röhlers am „Vergmannscheit“, Herr Prof. Dr. Wulff, ein Freund künstlicher Gliedmaßen ist. Er empfiehlt solche und gibt auch vielfach noch extra Anweisung, wie dieselben im einzelnen Falle angefertigt werden sollen.

So weit ganz schön und gut. Wenn die Verletzten bei dieser Fürsorge des Herrn Professors nur auch das erhielten, was menschliche Kunst auf dem Gebiete der künstlichen Glieder ohne Mühe zu leisten imstande ist. Nicht gerade selten sind die Fälle, wo z. B. die auf Rechnung der Unfallkasse erfolgte erste Lieferung eines künstlichen Beines nicht passend geraten ist. Auch sind die Gliedmaßen vielfach zu plump und zu schwer gearbeitet. Es sieht aus, wie wenn die Verletzten damit Säcke tragen oder Eisenbahnschienen festhalten sollten. Hier eine Verbesserung herbeizuführen und den Lieferanten der künstlichen Gliedmaßen ganz gründlich auf die Finger zu zeigen, wäre für Herrn Prof. Dr. Wulff eine Aufgabe, für deren Erledigung ihm die bergmännischen Kräfte des Ruhrgebietes sehr dankbar sein würden. Wir können nämlich garnicht annehmen, daß der Herr Oberarzt der Sektion II die künstlichen Gliedmaßen in der großen plumpen Form haben will, in der sie jetzt auf Kosten der Sektion aus der Schmiehe herauskommen. Das Geld wäre sonst ja zwecklos ausgegeben.

Seule liegen die Dinge vielfach so, daß sich die Krüppel auf dem unpassenden, zu schweren künstlichen Bein den Amputationsstumpf wund humpeln. Um endlich ein passendes künstliches Bein zu erhalten, sind sie gezwungen, ein solches selbst zu bezahlen und siehe da, jetzt kann der Lieferant etwas viel Besseres liefern. Warum nicht gleich so? Müß das Geschäft denn bei jeder Lieferung zweimal verdienen? Wie mit den künstlichen Füßen, so auch mit anderen künstlichen Gliedmaßen.

Wir kennen einen Bergmann, der den linken Arm im oberen Drittel verloren hat. Die Sektion bezahlt ihm einen künstlichen. Dieser besteht aus einer bis zum Ellenbogengelenk gehenden dicken plumpen Leberhäufe. Vom Ellenbogengelenk aber hört die Hüfte auf. In deren Spitze ist eine Eisenstange eingebaut und an der Eisenstange die künstliche Hand befestigt. Also ähnlich wie ein Stelzfuß. Und doch läßt sich etwas viel Besseres liefern. Das müßte auch der Verletzte. Der Lieferant jagte es ihm auch noch, daß er einen viel leichteren und schöneren künstlichen Arm liefern könne. Geschäftsmann ist eben Geschäftsmann. Unser Kamerad bestellt nun einen auf eigene Rechnung. Und nun zeigt sich der Unterschied. Während der von der Unfallkasse bezahlte unansehnlich, plump und im Ellenbogengelenk nicht beweglich ist; ist der von dem Arbeiter selbst bezahlte aus einem Stück. Dieser ist auch im Ellenbogengelenk beweglich und wiegt auch noch 300 Gramm weniger, sieht auch nicht so selbsterfindlich aus, kurz, wunder schön geraten. Warum nicht die erste Lieferung auf Kosten der Unfallkasse auch gleich so?

Offenkundig tragen diese Zeilen dazu bei, daß die Verletzten in Zukunft nicht gezwungen sind, sich noch auf eigene Kosten passendes künstliche Gliedmaßen beschaffen zu müssen. Wo so viel künstliche Gliedmaßen fabriziert werden müssen wie im Ruhrgebiet, kann schon leichte, gut sitzende Arbeit verlangt werden, auch dann, wenn es auf Kosten der Sektion geht und eine zweite Lieferung überflüssig wird. Oder sollte etwa gar die Unfallkasse die künstlichen Gliedmaßen gern schwer und plump angefertigt sehen? H. A.

### Zur Reform der Berginspektion.

#### Schachtkatastrophe auf dem oberelsässischen Kalbwerk Rudolf.

Wir erhalten folgende Zuschrift: „Die Kunde von einem schrecklichen Unglück durchlief am Nachmittag des 25. September das an der Eisenbahnlinie Mühlhausen-Strasburg gelegene Dorf Volmeire, in dessen unmittelbarer Nähe sich der Kalbwerkschacht Rudolf befindet. Und wenige Minuten später meldete der Telegraph in alle vier Winde hinaus, daß vier junge Bergmännchen mit einem überaus hartem Schläge auf dem Schachtfelde der Arbeit geendet haben. Vier Mann auf Schacht Rudolf sind tot, so lautet die Hiobspost, die uns im Laufe des Nachmittags gedruckt wurde, und unerblicklich reichten wir nach der Unglücksstelle ab, wo wir die ganze grauenvolle Wahrheit bestätigt fanden. Ueber die Entstehung des Unglücks und den Sachverhalt wurde uns an Ort und Stelle folgendes mitgeteilt: Es war kurz nach der Seilfahrt um 2 Uhr, als das Förderseil von der Führung abwichen die Kammräder sprang, dieses geriet und der Kibel etwa 60 Meter unter Tage aus einer Höhe von ca. 400 Meter auf die Höhe fürzte. Er schlug mit solcher Wucht auf das Spannager, daß dessen Riegel sich lösten und von den zehn unten beschäftigten Arbeitern vier tödlich trafen; die übrigen kamen mit mehr oder weniger schweren Verletzungen davon. Ein Arbeiter, dem die Stiefel gestohlen waren, verweigerte das Anfahren, zwei anderen wurde daselbst im letzten Moment verboten. Das Unglück hätte also unter Umständen noch weit größere Folgen haben können. Als Grundlage mögen wohl folgende, uns von zuverlässiger Seite gemachten Angaben dienen: Das alte, 25 Millimeter dicke Förderseil wurde vor einigen Monaten durch ein neues, 28 Millimeter dickes ersetzt, welches beim Anfahren ein Bedeutendes um die Trommel herum ging und auch leicht abspringen konnte. Des weiteren wurde, angeblich um ein besseres Lot mit der Grube herzustellen, die Fördermaschine um ganze 43 Zentimeter verlegt. Auf diesen Umstand ist es wohl auch zurückzuführen, daß das Seil immer nach rechts abwichen konnte. Statt nun aber hierin Wandel zu schaffen, ging man einfach hin und brachte das Seil mit Seilern nach bergwärts wieder in seine Lage zurück. Das mag so ziemlich als die Ursache des Unglücks, welches des größten und schrecklichsten im oberelsässischen Kalbgebiet, angesehen werden. Sämtliche Verunglückten liegen noch in den zwanziger Jahren;

drei derselben waren verheiratet und Familienväter. Der Bergarbeiter Göttemann aus Dittheim wurde vom Kibel getroffen und war sofort tot; dieser war noch unverheiratet. Strudel aus Colmar wurde durch ein Schuttbloch des Spannagers der Kopf total gespalten; er war Vater von zwei Kindern. Die Bergleute Karl Treiburger aus Eggenheim und Josef Faust aus Rufsch wurden von dem Kibel getroffen und getötet; ersterer hinterläßt zwei Kinder, letzterer ein Kind.

Gegen 7 Uhr abends wurden die Leichen zu Tage gefördert. Ein wehmütiges Bild bot sich unseren Blicken, als wir das Verbandszimmer betraten und die vier Opfer auf Strohhalm gebettet liegen sahen. Ein Arbeiterkammerad war eben damit beschäftigt, die Toten der Blutdurchtränkten Kleider zu entledigen. Angesichts der traurigen Tatsache konnte sich ein anwesender Vertreter der Bergbehörde der Bemerkung nicht verschließen: „Zunmer das alte System, sobald ein Schacht fertig ist, ein paar Tote!“

Wen trifft nun die Schuld? Gewiß in allererster Linie das System einer mangelhaften Betriebsrichtung, wie es zurzeit noch im oberelsässischen Kalbgebiet vorherrschend ist. Ganz besonders ist die Verwendung gänglich unersahrener, dazu viel zu jugendlicher Kräfte als Maschinisten — wenn solche auch nicht immer, wie z. B. im vorerwähnten Falle, eine Schuld trifft — entschieden zu verurteilen. Doch was kümmert das die Herren des Kapitals! Profit und nur Profit ist unablässig ihre Losung. Trotz aller Verwarungen und Aufforderungen seitens der Bergarbeiterorganisation und ihrer Presse wird einfach nichts getan, diesen Zuständen Einhalt zu gebieten. Wiederholt ist schon drücklich und an dieser Stelle die zuständige Bergbehörde auf die geschwundenen Betriebsrichtungen auf den oberelsässischen Kalbwerken aufmerksam gemacht. Und immer wieder muß ihr der Vorwurf gemacht werden, daß sie es an der hinlänglichen Kontrolle fehlen läßt. Auch heuer drängt sich uns wieder die Frage auf: Ist es der Bergbehörde bekannt, daß das Förderseil auf Schacht Rudolf dem alten nicht entspricht hat? Ist es der Behörde weiter bekannt, daß die Fördermaschine um 43 Zentimeter verlegt wurde? Wenn ja, warum hat man dann nicht die nötigen Vorkehrungen getroffen, um einem doch sicher voraussetzlichen folgenschweren Unglück nach Kräften zu steuern? Wenn auch zugegeben werden muß, daß es ein Ding der Unmöglichkeit ist, allen Gefahren, die der Bergbau in sich birgt, vorzubeugen, so würde doch in den meisten Fällen bei größerer Vorsicht manches Unheil verhütet werden können. Wieviel Vergemannscheiten müssen wohl noch das Schachtfeld der Arbeit bedecken, wie manche Familie noch in unsägliches Leid veretzt werden, bis mit dem alten System aufgeräumt wird?

Am Sonntag, den 28. September, wurden die vier Opfer unter großer Anteilnahme der Bevölkerung in ihren Heimatgemeinden beerdigt. Zu einer inopjanten Trauerkundgebung gestaltete sich das Begräbnis unseres Verbandskameraden Faust in Rufsch. Unter anderem hatte auch der Verband der Bergarbeiter Deutschlands (Bezirk Oberelsaß) einen herrlichen Kranz mit schöner Schleife und Aufschrift gestiftet, den Kamerad Hügeler-Sennheim überbrachte und der dem Sarge vorangetragen wurde. In der Gruft kam ein Redner auch auf die Ursachen des traurigen Falles zu sprechen, dessen diesbezügliche Ausführungen mit unserer Uebersetzung allerdings in keinem Einklang stehen können. „Wenn schon — so meinte der Redner — die Einrichtung der Schächte auf das neueste konstruiert ist, so kommt es doch vor, daß ein so schreckliches Unglück wie dieses passiert, bei dem vier Menschenleben dahingerafft wurden. Es ist halt eine Fügung Gottes!...“ Der furchtbare Ernst der Stunde und der Schmerz im Innersten hatten unseren Mund verschlossen gehalten; aber mit gemüßigten Gefühlen verließen wir die traurige Stätte, wo für einen guten Kameraden und Vater zur letzten Ruhe gebettet haben. In einer öffentlichen Bergarbeiterversammlung wird die Einwohnerschaft von Rufsch über die wahren Ursachen der schrecklichen Katastrophe Aufklärung erhalten.

Wir hoffen bestimmt, daß die eingeleitete Untersuchung mit aller Entschiedenheit geführt wird, um die wirklich Schuldigen zur Rechenschaft zu ziehen.“

So weit unser Berichterstatter. Ob die ihm gewordenen Mitteilungen in allen Punkten mit den Tatsachen übereinstimmen, können wir von hier aus natürlich nicht kontrollieren. Es ist Sache der Bergbehörde, zum Rechten zu sehen und dafür zu sorgen, daß die Schuldigen zur Rechenschaft gezogen werden. Die von der Bergbehörde selbst veröffentlichten Mitteilungen über die Unfallhäufigkeit im oberelsässischen Kalbgebiet vertalen, daß es dort um den Arbeiterschub recht schlecht steht. Nach den Berichten der Bergbehörde wurden in der oberelsässischen Kalbindustrie

|      | Arbeiter beschäftigt | Darvon waren eigentl. Bergarb. | Unfälle wurden angemeldet | Das sind pro 1000 Arbeiter |
|------|----------------------|--------------------------------|---------------------------|----------------------------|
| 1910 | 222                  | 43,70                          | 27                        | 12                         |
| 1911 | 2019                 | 34,5                           | 116                       | 54                         |
| 1912 | 2856                 | 20,0                           | 239                       | 78                         |

Obgleich die Zahl der Untertagsarbeiter bedeutend geringer geworden ist, also gerade die Gruppe der Arbeiter, die den bergmännischen Berufsgefahren am meisten ausgesetzt sind, ist die Unfallziffer kolossal gestiegen! Daß in den Betrieben auf Gesundheit und Leben der Arbeiter berflucht wenig Rücksicht genommen wird, beweist die schreckliche Vermehrung der Unfälle!

### Nachrichten aus der Montanindustrie.

#### Immer neue Beweise

für die Wichtigkeit der von uns vertretenen Ansicht, daß im Frühjahr 1912 der günstige Zeitpunkt für die Durchführung der Bergarbeiterforderungen eingetreten war, kommen aus Tageslicht. Die S. a. r. n. e. t. Bergbaugesellschaft gibt folgende spezialisierte Abrechnung über ihre drei letzten Geschäftsjahre:

|   | 1910/11    | 1911/12    | 1912/13    |
|---|------------|------------|------------|
| Generalunkosten   | 5 502 294  | 6 400 369  | 6 940 836  |
| Unterhaltungsf. v. Wohltätigkeitsentr.                  | 373 228    | 392 141    | 468 388    |
| Rücklage gegen Bergschäden                              | 500 000    | 800 000    | 941 642    |
| Eisenbahnanschlußreserve                                | 180 000    | 100 000    | 250 000    |
| Pajenanlage   | —          | 100 000    | 100 000    |
| Beihilfen   | —          | —          | 300 000    |
| Verlust auf Staatspapiere                               | —          | 51 066     | 31 386     |
| Diverses  | 104 000    | 35 038     | —          |
| Abschreibungen  | 9 044 483  | 9 272 592  | 8 977 912  |
| Zuschuß an Victoria u. Siebenplaneten                   | —          | —          | 5 000 000  |
| Ueberschuß  | 7 469 812  | 8 529 470  | 10 340 968 |
| Zusammen  | 23 175 737 | 25 580 676 | 33 546 150 |
|   | 1910/11    | 1911/12    | 1912/13    |
|   | Mk.        | Mk.        | Mk.        |
| Dividende   | 6 800 006  | 7 650 000  | 9 350 000  |
|   | 8          | 9          | 11         |
| Zuwendungen f. gemeinnützige Zwecke                     | 200 000    | 250 000    | 250 000    |
| Zuwendungen zum Bau von Kinder- und Haushaltungsschulen | —          | 100 000    | 100 000    |
| Tantiemen   | 217 078    | 271 604    | 379 987    |
| Vortrag auf neue Rechnung                               | 252 794    | 257 866    | 260 999    |
|   | 7 469 812  | 8 529 470  | 10 340 968 |

Die Steinkohlenförderung stellte sich in 1912/13 auf 8 665 920 T. Ihre Entwicklung in den jüngsten acht Jahren veranschaulicht die folgende Tabelle:

|         | 1905/06      | 1909/10 | 1912/13      |
|---------|--------------|---------|--------------|
|         | 6 571 115 T. | —       | 6 713 368 T. |
| 1906/07 | 6 959 512    | 1910/11 | 7 069 472    |
| 1907/08 | 7 405 532    | 1911/12 | 7 590 068    |
| 1908/09 | 8 954 596    | 1912/13 | 8 665 920    |

Danach begann der neue geschäftliche Aufschwung bereits 1910, im Jahre 1911 waren die Werksüberschüsse schon wieder bedeutend gestiegen und 1912 ist der Höhepunkt erreicht worden. In derselben Zeit liegen die „Christenführer“ ihre Nachfolger eine Verstaatlichung des Kalbgebietes, die eine „rückläufige Konjunktur“ behauptete — um die längst beschlossene Organisierung des Bergarbeiterbundes mit dem

Mittel der „richtigen“, „weitsichtigen“, „überlegenden gewerkschaftlichen Taktik“ zu umfassen.

Dass sich die mit 1910 beginnende wirtschaftliche Aufwärtsbewegung nicht auf Westdeutschland beschränkt, beweisen die Geschäftszahlen der größten schlesischen Unternehmungen, der K. S. n. i. g. und Laurahütte. Ihre Hauptabrechnungsjahre in den letzten 10 Jahren zeigt folgende Tabelle:

Table with 4 columns: Bruttogehalt Mt., Abschreibungen Mt., Zinsende Mt., Prozent. Rows show data from 1912/13 to 1894/95.

Die Ergebnisse der einzelnen Quartale stellen sich (in 1000 Mark) wie folgt:

Table with 7 columns: 1906/07, 1907/08, 1908/09, 1909/10, 1910/11, 1911/12, 1912/13. Rows show quarterly results for July-Sept, Oct-Dec, Jan-Mar, Apr-Juni, and annual totals.

Deutlich ist die starke Gewinnvermehrung nach 1910 zu beobachten. Im kritischen Frühjahr 1912 ist der Ueberschuss mehr als doppelt so hoch wie im gleichen Quartal des Vorjahres.

sende Arbeitslose 18,8 Mill. Mark. Augenblicklich, wo die Frage der Arbeitslosenunterstützung durch Staat oder Gemeinde angehängt der großen Zahl der Erwerbslosen wieder sehr akut geworden ist, ist es mit Nachdruck zu betonen, daß die Gewerkschaften alles eher als Bekämpfung und Verteilung für ihre fürsorgliche Tätigkeit verdienen, eine Tätigkeit, die doch eigentlich die Pflicht der Gesellschaft ist, die ja de eschrenden groß gewordenen Arbeitslosigkeit erzeugt.

Was nun gar die in einem Scharfmacherorgan befindliche Versicherung anbelangt, die deutschen Arbeiter zahlten die höchsten Gewerkschaftsbeiträge, so haben wir es hier mit einer gänzlich unbewiesenen Behauptung zu tun. Tatsächlich halten sich die Beiträge der deutschen Gewerkschaften im Vergleich zu den ausländischen auf einer mittleren Linie.

Table comparing contributions in England (Period 1908/10) and Germany (1912) for various worker categories like Bauarbeitern, Metallarbeitern, etc.

Hierbei sind für England nur die zu den 100 „principal unions“ gehörenden Organisationen der betreffenden Gewerkschaften in Betracht gezogen. Für das Buchdruckgewerbe speziell sind die große Gewerkschaft der Londoner Schriftsetzer (pro 1911) und der deutsche Buchdruckerverband berücksichtigt, da diese beiden Organisationen die beste Vergleichsmöglichkeit bieten.

Table listing contributions of various international metal worker unions from Austria, Denmark, and others.

Wenn auch in dieser Liste Gewerkschaften genannt sind, die, wie der belgische, ungarische und italienische Metallarbeiterverband, ganz bedeutend niedrigere Beiträge erheben, wie ihre deutsche Bruderorganisation, so bleibt diese doch in ihren Anforderungen an die Mitglieder bedeutend hinter mehreren ausländischen Vereinen zurück.

Die „Richtlinien“ der Gelben.

Der „Wertverein“, das Organ der sogenannten Essener Richtung, veröffentlicht in seiner Nummer 39 den Entwurf der Richtlinien für die Bundesvereine. Das ist um deswillen bemerkenswert, als einer der Führer der Essener Gelben, der Redakteur des „Wertvereins“, Dr. Arnold, erst noch in jüngster Zeit der Programmlosigkeit der Wertvereine selbstbewussten Ausdruck gab.

Die Ausarbeitung eines Programms für die gelben Wertvereine ist nicht nur ein unangenehmes und unzähliges Geschäft, sondern es ist mit vielerlei sachlichen Schwierigkeiten verbunden. Einmal wegen der in Augsburg offen zum Ausbruch gekommenen Gegenfälle zwischen „Verlin“ und „Effen“, sodann, weil man doch zu allem der Zustimmung der Ökonomen und Geldgeber bedarf.

Die Richtlinien sind in folgende acht Punkte zusammengefaßt: 1. Die Bundesvereine stehen auf dem Boden der heutigen Staats- und Wirtschaftsordnung, welche in jahrhundertelanger Entwicklung organisch gewachsen ist und allen Bevölkerungsklassen die Existenzmöglichkeit bietet.

Zur weiteren Entwicklung des Volksganges ist ein erhebliches Zusammenwirken aller Volksteile erforderlich. Auch der Arbeiterstand kann nur ruhig und stetig wachsen mit dem Volksgange, wobei indes für die besonderen Bedürfnisse des Arbeiterstandes, als des wirtschaftlich schwächsten Standes, in dem notwendigen Maße durch entsprechende Gesetzliche Sorge zu tragen ist.

Die dem Bunde deutscher Wertvereine angeschlossenen Vereine haben den Zweck, ihre Mitgliedschaft wirtschaftlich, geistig und gesellschaftlich zu heben. Sie gehen bei ihrer Organisation und ihrer Arbeit von der Tatsache aus, daß die Interessen der Unternehmer und der Arbeiter überwiegend gleichlaufend sind.

Das Unternehmen als Erwerbsquelle kann nur dann gedeihen und allen Beteiligten eine gute und gesicherte Existenz bieten, wenn alle Mitarbeiter ehrlich und nach besten Kräften zusammenwirken. Dieses Zusammenarbeiten setzt wiederum voraus, daß die Arbeitsgemeinschaft auch als soziale Gemeinschaft aufgefaßt und praktisch durchgeführt wird.

sonderen wirtschaftlichen Vorteile, die auch dem Unternehmer durch die Wirksamkeit des Wertvereins erwachsen.

Die Wertvereine beruhen auf der durch den § 152 der Gewerbeordnung gewährtesten Koalitionsfreiheit der Arbeiter, da sie Vereinigungen sind „zum Behufe der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen.“ Der ebenfalls durch den § 152 erlaubte Streik ist lediglich ein Mittel zur praktischen Verwirklichung der Koalitionsfreiheit, das natürlich auch den Wertvereinen zu Gebote steht und auf das sie auch nicht grundsätzlich verzichten. Das Mittel des Streiks ist indes für die Wertvereine nur von untergeordnetem Werte, weil es überall da nicht gebraucht wird, wo ein Unternehmer und eine Arbeiterschaft zusammenwirken, welche die Bedeutung der volkswirtschaftlich feststehenden Tatsache der überwiegenden Interessengemeinschaft richtig erkannt haben und nach dieser Erkenntnis verfahren.

In der Erkenntnis dieser Umstände verzichten die Bundesvereine auf die Anlegung von Streiklisten. Die Schaffung solcher Listen wäre eine Überflüssigkeit gegen die Interessengemeinschaft, sondern, ein unbegründetes grundlegendes Mißtrauen des Vereins gegen den Unternehmer zum Ausdruck bringen und die friedliche Verhandlung innerhalb der Arbeitsgemeinschaft von vornherein führen.

Die Bundesvereine sind konfessionell neutral. Die Bundesvereine stehen gemäß ihrem grundsätzlichen Festhalten an der heutigen Staats- und Wirtschaftsordnung unbedingt auf nationalem Boden. Im übrigen sind sie parteipolitisch neutral. Bei allen Wahlen treten die Vereine in erster Linie für solche Kandidaten ein, welche der wirtschaftsfeindlichen nationalen Arbeiterbewegung freundlich gegenüberstehen. Ein Eintreten der Bundesvereine zugunsten der Sozialdemokratie ist ausgeschlossen.

Der Bund der Wertvereine hat für sich die besondere Aufgabe, die Wertvereinsbewegung im ganzen durch geeignete Maßnahmen zu fördern und zusammen mit dem „Hauptauschuß nationaler Arbeiter- und Berufsverbände“ zu allen wichtigen Angelegenheiten Stellung zu nehmen, welche die Interessen der Arbeiterschaft betreffen.

Eine Einwirkung auf die inneren Angelegenheiten der Bundesvereine steht dem Bund nicht zu. Was da über Zweck und Ziel der Wertvereine gesagt wird, ist ja nichts neues mehr. Aber es ist immerhin gut, wenn diese Gesellschaft in ihrer Gesamtheit sich in aller Form auf ein Programm festlegt. Man hat doch so den Widerstand, die Heuchelei und Schamlosigkeit, in der die Vereine sich ergehen resp. ergehen wollen, hübsch schwarz auf weiß zusammenfassen.

Derogationen sei der haarsträubende Blödsinn, der bei dem Versuch herausgefunden ist, den Wünschen der Bekümmerten und Gleichgesinnten zu entsprechen, die den Streik nicht absolut ausgeschlossen wissen wollten, um auf diese Weise sich nicht bei anständigen Arbeitern im vornherein unmöglich zu machen. Ein Verlangen, dem die sogenannte Essener Richtung (die von Krupp abhängig ist) sich auf dem Augsburger Bundestag widersetzt hat, „Man verzichtet nicht grundsätzlich auf das Mittel des Streiks, lehnt es aber grundsätzlich ab, etwas zu tun, das die erste Voraussetzung für die eventuelle Anwendung dieses letzten Mittels wäre, nämlich einen Kampfzweck zu gründen.“

Und Arbeiter sollen — und werden sich dazu ergehen, einen solchen Abwärtsweg, dessen Väterlichkeit nur von seiner Erbarmlichkeit übertrifft, in aller Form zu ihrem Programm, zu ihren Richtlinien zu erheben!

Aus der Genossenschaftsbewegung.

Unlauterer Wettbewerb.

Der Monturkampf der bürgerlichen Volksversicherungsgesellschaften gegen die „Volkfürsorge“ hat seinen Grund in der von Grund aus reformierten Tendenz des von den Gewerkschaften und Genossenschaften zum Schutze der Versicherten gegründeten Unternehmens. In diesem Kampfe sind alle privaten und sogenannten „gemeinnützigen“ Gesellschaften einig.

Interessant ist aber der unlautere Wettbewerb, mit dem die bürgerlichen Gesellschaften unter sich zur Zerschlagung des Publikums arbeiten. An Gestalten zu machen, verbreiten die von den verschiedenen preussischen Provinziallandtagen subventionierten und von den Behörden besonders protegierten agrarischen „Öffentlich-rechtlichen“ Flugblätter auf Flugblätter, um sich als die „billigste Volksversicherung“ zu empfehlen. Zuletzt erschien ein solches mit der Ueberschrift: „Fassen bereiten! Welches ist die billigste Volksversicherung?“

Über dieses Flugblatt hat nun die D. V. A. G. ein Gutachten des Mathematikers der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte, Herrn Karl Spangenberg, eingeholt und veröffentlicht. Dieses sachverständige Gutachten kommt nach ausführlicher Darlegung und Begründung zu folgendem Gesamturteil: „Mein Gesamturteil geht dahin, daß Vergleiche von der Form des mir vorliegenden unzulässig sind, da sie unvollständig und einseitig sind und für den Versicherungsnehmer wesentliche Umstände verschweigen.“

Wir haben dem Urteil nichts hinzuzufügen, wollen aber gegeneinander bemerken, daß alle Versicherungsgesellschaften der „Volkfürsorge“ gegenüber solche irreführenden Vergleiche verbreiten! Unsere Freunde haben daher alle Ursache, sich dieses Gutachten zu merken.

Der wahre Charakter der „Öffentlich-rechtlichen“.

Das bekannte Scharfmacherorgan, „Die Post“, veröffentlichte vor kurzem die ersten Jahresberichte der vier Provinzial-Lebensversicherung-Anstalten für Schlesien, Posen, Westpreußen und Pommern. Alle vier Anstalten haben den Neben Zweck, dadurch der agrarischen Propaganda zu dienen, daß sie „zur Befriedigung des Realcredits innerhalb der Provinz beitragen und dem heimischen Grundbesitz Kapitalien beschaffen.“

Im möglichst alle Versicherungsnehmer für die Agrarier flüchtig zu machen, wollen alle diese Gesellschaften auch die Volksversicherung pflegen und der „Volkfürsorge“ ihre Gebiete verschließen. Alle vier Gesellschaften haben von ihrem jeweiligen Provinziallandtage je 50 000 Mark zur Bekämpfung der „Volkfürsorge“ erhalten. Im pommerischen Bericht heißt es darüber wörtlich:

„Die, wie bekannt, zur Abwehr der sozialdemokratischen „Volkfürsorge“ eingeführte Neueinrichtung der Volksversicherung, zu deren Organisation der 40. Provinziallandtag von Pommern einen Zuschuß von 50 000 Mark unter Verzicht auf Rückertattung bewilligt hat, wird überall in der Provinz Pommern als eine notwendige und segensreiche Maßnahme empfunden.“

So arbeiten die Agrarier mit Steuermitteln gegen die „Volkfürsorge“, um das Geld der Versicherten den agrarischen Interessen dienlich zu machen. Wenn die arbeitenden Volksschichten mit derselben Energie für die ihnen allein dienende „Volkfürsorge“ arbeiten und alle ihre Versicherungen bei ihr abschließen, wachsen die agrarischen Bäume sicher nicht in den Himmel.

Internationale Rundschau.

Internationaler Gewerkschaftsbund.

Zu der gleichen Woche mit der Konferenz der internationalen Generalsekretäre, über die wir in voriger Nummer berichtet haben, tagte in Zürich die achte internationale Konferenz der Gewerkschaftlichen Landeszentralen. Anwesend waren Vertreter aus England, Frankreich, Belgien, Holland, Dänemark, Norwegen, Finnland, Deutschland, Österreich, Bosnien-Herzegowina, Ungarn, Italien, Schweiz, Bulgarien, Spanien und Nordamerika. Nach dem von Belgien dem internationalen Sekretär der gewerkschaftlichen Landeszentralen, ermittelten Bericht gehörten den angeschlossenen Landeszentralen Mitglieder an:

Wo werden die höchsten Gewerkschaftsbeiträge gezahlt?

Wenn, wie vor kurzem wieder, die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands ihre Statistik der freigewerkschaftlichen Zentralverbände herausgegeben hat, dann macht sich die aus wer weiß welchen geheimen Fonds gespeiste arbeitserfindliche Presse flugs daran, der Öffentlichkeit weislegend oder „fittlich entrüthelt“ vorzutragen, welche angeblich „ungeheurer starke Sonderbelastung“ die sogenannten „Streikgewerkschaften“ den Arbeitern aufbürden. Abgesehen davon, daß es sich hier um eine freiwillige Selbstbesteuerung handelt, die Dritte gar nichts angeht, wird auch verschwiegen, welche enormen gemeinnützigen Leistungen die Streikgewerkschaften vollbringen. Es kann deshalb nicht oft genug gesagt werden, daß die freien Gewerkschaften allein seit 1891 bis incl. 1912 für friedliche Unternehmungswege 165,6 Mill. Mark herausgegeben haben für Arbeitslose am Oct 54,2, für ver-

|         |           |         |           |
|---------|-----------|---------|-----------|
| 1004/03 | 2 188 808 | 1009/10 | 5 772 000 |
| 1005/06 | 2 454 208 | 1010/11 | 6 083 500 |
| 1006/07 | 8 187 850 | 1011/12 | 6 870 000 |
| 1007/08 | 4 188 482 | 1012/13 | 7 121 000 |
| 1008/09 | 4 242 203 |         |           |

Die Einnahmen des internationalen Zentralsekretariats (Berlin) belaufen sich 1004/05 auf 1087,99 Mk., 1912/13 auf 7808,86 Mk. Der Gewerkschaftsbund von Transvaal (Südafrika) hat seinen Beitritt erklärt und es steht zu hoffen, daß auch der australische sich demnächst anschließt. Die genannten Einnahmen sind verwendet worden für die Einrichtung des internationalen Bureaus, Befolgung des Sekretärs und der Hilfskräfte (Lehrer), Herausgabe der Jahresberichte und seit Anfang d. J. für die Herausgabe einer regelmäßigen internationalen Gewerkschafts-Korrespondenz (deutsch und englisch). Diese Korrespondenz fand allmählich Anklang; sie soll zukünftig häufiger und auch in französischer Sprache erscheinen, was eine Erhöhung der Beiträge an die internationale Zentrale auf 4 Mk. pro 1000 Mitglieder und Jahr bedingt. Außerdem hat die Zentrale finanzielle Dispositionen für die selbstigen und bulgarischen Gewerkschaften, für die holländischen Tabakarbeiter und für die italienischen Gewerkschaften veranlaßt. Es wurde gerügt, daß die Franzosen, Engländer und Amerikaner sich nur sehr unthätig an diesen Dispositionen beteiligten. Die betreffenden Vertreter entschuldigten dies mit der eigentümlichen Verfassung ihrer Landesorganisationen, die Franzosen speziell mit der brutalen Verfolgung der Gewerkschaften seitens der Regierung. In Zukunft würde die Beitragsleistung prompter erfolgen. Ein von Rumänien gestellter Antrag, der verlangte, nur solche Berufsorganisationen zu der betreffenden internationalen Berufsverbänden zuzulassen, die auch den Landeszentralen angehören, wurde von Sue u. a. mit dem Hinweis auf die Tatsache beauftragt, daß der britische Bergarbeiterbund, ein Teil der belgischen und der französischen Bergarbeiter den betreffenden Landeszentralen nicht angehören, wir sie aber deswegen aus der Internationalen nicht ausschließen könnten. Auch in Deutschland bestimme keine einheitliche Bergarbeiterorganisation. Der rumänische Antrag könnte deshalb nur als eine Empfehlung der Vereinheitlichung der Gewerkschaftsorganisation verstanden werden. Diese Empfehlung sei aber schon früher ausgesprochen worden, ihre Verwirklichung sei leider bisher an den harten Tatsachen gescheitert. Im Sinne dieser Ausführungen wurde beschlossen.

Da der bisherige Name: „Internationales Sekretariat der gewerkschaftlichen Landeszentralen“ in Amerika (wo es eine Reihe internationaler Gewerkschaften gibt) zu Mißverständnissen Anlaß gegeben hat, wurde auf Antrag des amerikanischen Delegierten beschlossen, die Bezeichnung „Internationaler Gewerkschaftsbund“ für die Konferenzen der Vertreter der gewerkschaftlichen Landeszentralen gelten zu lassen. Gegen die von Frankreich beantragte Veranstaltung internationaler Gewerkschaftskongresse wird besonders von Deutschland und Österreich Widerspruch erhoben, man beschließt daher, diesen Punkt sowie den amerikanischen Antrag, welcher eine „Internationale Arbeits-Föderation“ schaffen will, zur nächsten Konferenz nochmals auf die Tagesordnung zu stellen; bis dahin sollen die Landeszentralen durch eine Rundfrage aufgefordert werden, ihre Ansicht dazu zu äußern. Angenommen wird der folgende, von Schweden gestellte Antrag: „Die Konferenz erachtet dringend die Arbeitervertreter der Parlamente der verschiedenen Länder, daß sie, wo es nicht schon geschehen ist, demnächst Anträge einbringen resp. erneuern, auf Verbot der Nachtarbeit für diejenigen Arbeiterkategorien und Industriezweige, in denen nicht dringende Umstände diese notwendig machen, und gleichfalls Anträge einbringen auf Einführung des gesetzlichen Achtstundentages. Um einen Ueberblick über die Behandlung dieser Fragen in den verschiedenen Körperschaften der verschiedenen Länder zu gewinnen, werden die Vorsitzenden der angeschlossenen Landesorganisationen der verschiedenen Länder aufgefordert, in ihren Jahresberichten an das Internationale Sekretariat Mitteilungen über die Behandlung dieser Anträge und über den Verlauf der Verhandlungen in den verschiedenen Ländern zu liefern.“

Von Belgien wird die Errichtung von Informationsbureaus in allen Ländern nach belgischem Muster beantragt. Es handelt sich um einen Austausch von Material zur leichteren Durchführung der Lohnkämpfe, um die Einwände der Unternehmer damit zu entkräften. Nachdem mitgeteilt wurde, daß von Deutschland solches Material durch die Sozialpolitische Abteilung der Generalkommission zu erhalten ist, wird das Internationale Sekretariat beauftragt, Umfrage zu halten, welche Einrichtungen jetzt schon in den verschiedenen Ländern bestehen und der nächsten Konferenz Bericht zu erstatten.

Der französische Antrag: „Untersuchung darüber, welche Maßnahmen zu treffen sind, um der Manifestation des 1. Mai ihren wirklichen wirtschaftlichen und internationalen Charakter zu geben“, wird durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt.

Der Präsident des Internationalen Gewerkschaftsbundes wird gegen einstimmig wiedergewählt. Auf Einladung der amerikanischen Gewerkschaften soll die nächste Konferenz im Jahre 1915 in San Francisco stattfinden. Die Kosten sollen im Umlageverfahren gedeckt werden, d. h. daß jede Landeszentrale einen Beitrag von 4 Mk. pro 1000 Mitglieder leistet. Die Konferenz soll zur Zeit des amerikanischen Gewerkschaftskongresses stattfinden. Auch die Verfassungskongresse sämtlicher amerikanischen Gewerkschaften werden zur gleichen Zeit in San Francisco tagen, so daß die ausländischen Delegierten die beste Gelegenheit haben werden, die oft gewünschte engere Verbindung mit Amerika anzuknüpfen.

Als letzten Punkt verhandelt die Konferenz über die Frage: „Was können die Landeszentralen tun, um den Anschlag der Gewerkschaften an die internationalen Berufssekretariate zu bewirken?“ Die Debatte wird hauptsächlich von den internationalen Berufssekretären geführt, die aus der reichlichen Erfahrung geeignete Vorschläge für die Zukunft machen. Da diese Vorschläge nicht möglich sind, begnügt man sich mit der ergebnisreichen Aussprache, die eine Besserung für die Zukunft sicher erhoffen läßt. Ein Antrag Shaw (England), der eine engere Verbindung zwischen den gewerkschaftlichen Landeszentralen und den internationalen Berufssekretariaten sowie die Einrichtung eines gemeinsamen Ueberwachungs-Bureaus im Internationalen Sekretariat für erforderlich erachtet, wird einstimmig gutgeheißen.

### Knapppflichtliches.

#### Geplante Verschlechterungen im niederöstr. Knapppflichtverein.

Wie schon mitgeteilt, beabsichtigen die Grubenbesitzer verschiedene Verschlechterungen im hiesigen Knapppflichtverein einzuführen. Die Hauptforderung der Grubenbesitzer ist die Anstellung von Krankenkontrollleuten. Durch diese soll das durch das „hohe Krankenzahl“ gekennzeichnete Simulantentum ausgerottet werden. Sollte die Krankenkontrolle nicht gelingen, soll der Lagerzwang in Erwägung gezogen werden. Zum Schluß sollen die alten, vor der Invalidität stehenden Bergleute veranlaßt werden, nicht mehr 26 Wochen lang krank zu feiern, sondern sich sofort invalideren zu lassen, wenn sie zur Bergarbeit unfähig geworden sind.

Daß die Bergarbeiter mit diesen Anträgen, die geradezu eine Verleumdung für sie bedeuten, nicht einverstanden sein können, ist selbstverständlich. Um dazu Stellung zu nehmen, fand am 14. September in Altmayer ein Knapppflichter-Konferenz statt. In dieser sprachen sich alle Vertreter in scharfen Worten gegen diese Verschlechterungen aus. Die Meinung der Vertreter kam in einer Resolution zum Ausdruck, welche lautet:

„Die am 14. September 1913 in Altmayer stattgefundene Konferenz der Knapppflichteranteile nimmt Kenntnis von den Anträgen der Unternehmer im Knapppflichtvorstand betr. Anstellung von Krankenkontrollleuten und beauftragt die Vorstandsanteile, gegen diese Anträge zu stimmen. Die Knapppflichteranteile verpflichten sich dagegen, der Krankenkontrolle nach wie vor ihre volle Aufmerksamkeit zu widmen. Die Anstellung von besoldeten Kontrollleuten würde keine Entlastung, sondern eine Belastung der Krankenkasse bedeuten. Die Krankenziffer im niederösterreichischen Bergrevier kann nicht durch die Einführung von Krankenkontrollleuten, sondern nur durch die Verjüngung der allseitig anerkannten schlechten Ernährungsweise deminuiert werden. Hierzu wird eine Lohnerhöhung dringend notwendig.“

Am 14. und 21. September fanden 12 Bergarbeiterversammlungen im Waldenburger und Neuhof Revier statt, in denen der Resolution der Vorstandsanteile zugestimmt und diese beauftragt wurden, energig gegen diese Verschlechterungen Stellung zu nehmen. Die Versammlungen waren meist sehr besucht und nahmen einen guten Verlauf. Am 18. September fand die Vorstandssitzung des Knapppflichtvereins statt, wo über die Anstellung der Krankenkontrollleuten beraten wurde. Nach eingehender Debatte, in der die Vorstandsanteile ihren ablehnenden Standpunkt darlegten, kam es zur Abstimmung und

wurden die Anträge mit Stimmengleichheit abgelehnt. Nach den Bestimmungen des Statuts kommen die Anträge in der nächsten Vorstandssitzung nochmals zur Abstimmung, wo sie selbstverständlich wieder abgelehnt werden. Ob das Oberbergamt dann wagen wird, diese Verschlechterungen den Bergarbeitern zu oktroyieren? Sollte es der Fall sein, hat es die volle Verantwortung für die Folgen zu tragen.

Die Bergarbeiter können an dem bisherigen Vorgehen der Grubenbesitzer wieder erkennen, daß, wenn sie vor Ueberraschungen geschützt sein wollen, sie sich Mann für Mann im Verband der Bergarbeiter Deutschlands organisieren müssen. Wäre das jetzt schon der Fall gewesen, die Grubenbesitzer hätten nicht gewagt, mit solchen Verschlechterungen zu kommen.

## Mißstände auf den Gruben.

### Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Beide Annala bei Berne. Lebhaftes Klagen werden hier geführt über den Steiger S. Die können die Arbeiter ihm genug leisten. Er hat es sogar ausgesprochen, daß ein Bauer, der 30 Jahre Grubenarbeit verrichtet habe, ein Faulenzer sein müsse, sonst könne er es so lange nicht aushalten. Wehren sich die Arbeiter gegen diese Behandlung, laufen sie noch Gefahr, bestraft zu werden. Mehr wie 60 Mk. Wochensatz will S. den Arbeitern auch nicht schreiben, wenn sie auch einen entsprechend höheren Lohn verdient haben. Er meint, 60 Mk. ist genug, was wollen die Leute mit dem Geld? Beschweren sich die Arbeiter beim Betriebsführer, machen sie auch nicht immer die besten Erfahrungen. Die Selbstverwaltung in Betrieb gesetzt, bevor die Arbeiter in den Revieren sind, und doch soll sie nicht betreten werden. Auch bei der Ausfahrt könnte sie früher stillgelegt werden, damit die Arbeiter früh genug zum Schicht kommen können. Zu wünschen wäre auch, daß die Auslösung schon um 9 oder 10 Uhr, statt um 12 Uhr vor-mittags beginnt, damit die Leute der Mittagsruhe sich nicht so abzurufen brauchen, um wieder zur Schicht zu kommen. Einem Arbeiter, der infolge eines Unfalles nicht mehr mit dem Bohrhammer arbeiten konnte, sagte der Betriebsführer: „Sie treffen Ihren Rumpels bloß den Lohn weg, von jetzt an bekommen Sie nur noch 3 Mk. Schichtlohn.“ Der Mann war gezwungen, sich andere Arbeit zu suchen.

### Hannover, Braunschweig, Helsen-Tippe.

Katowitzer Breiten-Büchsen. In der Nr. 25 unserer Zeitung haben wir schon über verschiedene Mißstände auf genanntem Werk, besonders aber über die Behandlung durch den Betriebsführer Thiele geflagt, ohne Erfolg. Der Betriebsführer spielt den Arbeiter und hält sich als geistlicher Vormund über die Arbeiter stehend, der nach Belieben schalten und walten darf. Der Arbeiter K. erkrankte vor einigen Wochen plötzlich und mußte drei Wochen ins Krankenhaus. Er blieb, als er ins Krankenhaus ging, in seinem Hofhaus einige Mark Kofgeld schuldig, die er später bezogeln wollte. Als er aber aus dem Krankenhaus kam, war er in seinem alten Hofhaus bereits delugiert und mußte also eine neue Unterkunftsstelle suchen, wo er selbstverständlich zunächst zahlen mußte. Am Vortag wurden ihm 10 Mark für alle Kofschulden abgezogen, ohne daß der Hofherr etwa die 10 Mark eingeklagt hätte. Das bestimmte der Betriebsführer einfach und als K. dann auf dem Bureau vorstellig wurde und seinen vollen Lohn verlangte, erklärte ihm der Betriebsführer, daß die 10 Mark an den Hofherrn auszuzahlen seien, er sich an diesen wenden sollte. Hier war selbstverständlich nichts zu bekommen, worauf K. sich an das vom Betriebsführer so geachtete Arbeitersekretariat in Hannover wandte, worauf der Betriebsführer dann die 10 Mark auszahlte. Er bestellte K. jedoch auf sein Bureau und verlangte, daß dieser sich bereit erklären sollte, jeden Monat 10 Mark abzutragen, und als dieser nicht damit einverstanden war, soll er sich sogar an ihm vergriffen haben. Außerdem erfolgte die sofortige Entlassung, auch des Brubers von K., der den Betriebsführer zur Rede gestellt hatte. Um die Arbeiterbewegung „wirksam“ zu bekämpfen, läßt der Betriebsführer Verurteilungen von Gewerkschaftsangehörigen als warnendes Beispiel öffentlich anschlagen. Daß es in jeder Partei und jeder Gewerkschaft Kumpen gibt, wissen wir alle und keine Organisation kann sich vor solchen Elementen schützen. Wenn der Herr Betriebsführer aber das eine tut, soll er das andere nicht unterlassen, soll auch all die Spitzbuben der „besseren Gesellschaft“ aufhängen.“ Von 1908 bis 1911 wurden allein in 61 Fällen von Unterschlagungen aus „besseren Kreisen“ 60 Jahre Zuchthaus und 84 Jahre Gefängnis verhängt. Außerdem gingen nach einer Anzahl „bessere Verbrecher“ flüchtig, die insgesamt 1 878 000 Mk. haben mitgehen heißen. Warum, Herr Betriebsführer, „hängen“ Sie diese nicht auf? Mit der Art, wie Sie heute die Verbandsleitung betreiben, sind wir durchaus einverstanden und werden Sie zum — Ehrengenossen ernennen.

### Provinz Sachsen, Brandenburg und Thüringen.

Grube Erdmann in Kenntnis bei Triebel. Freitag, den 19. und Sonnabend, den 20. September, fanden hier zwei sehr stark besuchte Verlegungsversammlungen statt. Kamerad Tholl-Waldenburg beleuchtete in seinen Ausführungen, oft von Beifall unterbrochen, die Kampfesweise, wie sie von dem Inspektor Kinding gegen die Bergarbeiter und ihre Organisation besteht ist. Wie Kinding sich schon ausgesprochen hat, will er den Verband auf seinem Werk austreten, besonders hat es ihm die „Bergarbeiter-Zeitung“ angetan, die schon so oft gezwungen war, das Verhalten dieses Beamten sowie die verschiedenen Mißstände zu kritisieren. Daß Herr Kinding nur allein schuld ist, wenn sich die „Bergarbeiter-Zeitung“ mit seinem Werk beschäftigt, scheint er nicht einzusehen. Weder ist ein Arbeiterauschuss, noch sonst was vorhanden. Knapppflichter, Sicherheitsmänner und Ausschussmitglieder wurden gefündigt bzw. mußten selber gehen, weil sie die Behandlung nicht mehr länger aushalten konnten. Wäre ein Arbeiterauschuss da und würde dieser von Herrn Kinding angehört, wenn Mißstände vorgebracht werden, so hätten die Bergarbeiter nicht nötig, die Zeitung in Anspruch zu nehmen. Sollten sich die Zustände nicht ändern, so werden die Arbeiter gezwungen sein, nicht allein die Zeitung, sondern das Oberbergamt in Halle in Kenntnis zu setzen. Die Wetterverhältnisse sind äußerst schlecht. Die Strecken sind im miserablen Zustand, auch müssen die Bergleute die ganze Schicht, besonders im Tiefbau, im Wasser waten. Im Tagebau ist der Schienenstrang schlecht, keine Landbreiter sind vorhanden und ist es ein Wunder, daß hier nicht schon Unfälle zu verzeichnen sind. Eine Wadecinrichtung ist ebenfalls nicht vorhanden. Infolge der schlechten Wetterverhältnisse ist es kein Wunder, daß schon Brände in der Grube ausgebrochen sind. Die ganze Grube ist danach, daß über kurz oder lang einmal ein größeres Unglück zu erwarten ist. Im Anbetracht der auf dem Werke vorherrschenden Maßregelungsstimmung wird erwartet, daß kein Bergarbeiter auf dieser Grube in Arbeit tritt. Den Verlegungsmitgliedern rufen wir zu: Organisiert euch Mann für Mann im Bergarbeiterverband! Melbet jeden Mißstand der Bezirksleitung in Senftenberg, die, wenn genügend Material beisammen ist, schon für Abhilfe sorgen wird.

## Aus dem Kreise der Kameraden.

### Oberbergamtsbezirk Dortmund.

#### Zur Aportheologie des „Bergknappen“

Die Zentrumspropaganda, die das Effener Schimpfblatt zur Bergarbeiterzerpflückerung zusammenschneidet, können ihre wahre Zentrumsnatur nicht verleugnen, müssen weiter schimpfen und verleumden, trotz ihrer so „famillierenden Friedensgeplänke“. Nach dem Grundsatz der Moralthologie des Jesuitenprovincial Chaudano: „Gegenüber dem Gegner geht keine Beschimpfung über das erlaubte Maß hinaus, wenn sie nur ihrem Zweck entspricht“ (Seite 92), oder: „Verleumden ist mein Geschäft“, befaßt sich der „Bergknappe“ vom 4. Oktober mit dem letzten sozialdemokratischen Parteitag und werden wir ohne jeden erschütternden Anlaß mit in den Schmierartikeln hineingezogen. Der „Bergknappe“ hätte viel besser getan, den Zentrumsparteitag in Maß nach seinen „positiven Leistungen“ nachzuprüfen und zu untersuchen, ob den Gewerkschaften von dort nicht weit größere Gefahren drohen, als von Jena. Dort heißen die sonst so wortreichen „Christengenerale“ verächtlich herun, wie die Süher im Regen, als Bischof Korun sie coram populo ganz unverblümt Verführer nannte und die katholischen Arbeiter vor diesen Verführern warnte. Dort schwiegen die in „Sturmschwärmen“ die „Kampfer“ und „Keggenhüter“, die „redegewandten und schlagfertigen“ „Großknappen“, um so hämischer

und großmäuliger fallen sie über die Arbeitervertreter in Jena und die Verhandlungen des Parteitags her. Unsere Aufgabe kann und soll es nicht sein, den Parteitag oder einzelne Delegierten gegen die Zentrumspropaganda „Bergknappen“ zu verteidigen, aber wenn das Organ für Bergarbeiterzerpflückerung von „blutrünstigen Krieken und lärmenden Hebereien“ schreibt, so wollen wir diesen Zentrumsdämmerfinken mal an jene Zeiten erinnern, wo die Zentrumspropaganda noch das allwissende Monopol hatte, „blutrünstige Krieken“ zu schreiben. Am 26. Juni 1871 brach in Königshütte (Oberschlesien) ein Bergarbeiterstreik aus, wobei es sofort zu blutigen Krawallen und Zusammenstößen zwischen den streikenden Bergarbeitern und dem Militär kam, das der Staat gegen die katholischen Bergarbeiter, den „inneren Feind“, marschieren ließ, bei dem es 7 Tote und 20 Verwundete gab. Im Oktober mußten 117 katholische Bergarbeiter vor dem Schourgericht zu Königshütte erscheinen, wovon 36 Mann mit Zuchthaus bis zu einem Jahr 8 Monate, die anderen mit schweren Gefängnisstrafen bestraft wurden. Die Werksbesitzer und die fiskalischen Grubenleiter klagten die Zentrumspropaganda und die katholische Geistlichkeit an, die Bergleute durch „blutrünstige Artikel und lärmende Redereien“ in den Streik und ins Zuchthaus gehetzt zu haben. Sue, der in seiner Geschichte der Bergarbeiter diese Vorgänge schildert, schreibt am Schluß dieses Kapitels:

„In welcher Weise die schlesische Zentrumspropaganda zu den traurigen Ereignissen in Königshütte und ihren Folgen Stellung nahm, das ist ein zu wichtiger Beitrag zur Naturgeschichte der deutschen Zentrumspropaganda, als daß wir nicht einige der merkwürdigsten Auslassungen der unbedienten Vergessenheit entziehen sollten. Das hierin Hauptorgan, die „Schlesische Volkszeitung“, schrieb am 8. November 1871, als die Schourgerichtsverhandlung in Königshütte vor sich ging:

„... So sehen wir bald die Gesellschaft auseinandergehen in eine Minderheit, die herrscht, und in eine große Menge, die sich beherrschen lassen muß. Tatsächlich sind die letzteren zuzeiten nicht mehr als zur menschlichen Gesellschaft, sondern wie eine Sache behandelt worden Auf diese Weise erhielten Syaria seine Skoloten, Rom seine Sklaven, die Germanen und Slaven ihre Völsigenen. In unserer Zeit, wo der Liberalismus durch seine Strafen die Menge beschwindelt und im Namen des goldenen Kalbes die Herrschaft führt, steuerte man bereits mit vollen Segeln ähnlichen Zuständen zu und glaubte bereits das schöne Ziel erreicht zu haben, als plötzlich die Arbeiterbewegung der völligen Unterdrückung des vierten Standes einen illegalen Vorschub...“

„... Was aber der moralischen Not des Arbeiterstandes die Spitze aufsetzt, das ist der Hohn und Spott, mit welchem derselbe von allen Seiten überschüttet wird. Der Nachsager der arbeitenden Klassen ging durch alle Lande, mit ungläubigem Lächeln antwortete man: „Nicht euch banach ein, dann könnt ihr auch leben.“ Tausende von Arbeitern raffte in einzelnen Ländern der Hungertypus weg, außerdem hielten die Männer des Kapitals festliche Gelage und ließen bei den Zwecken die Champagnerkrypfen knallen. Die Arbeiter nahmen den Schuß der Gesehe für sich in Anspruch, das Kapital drohte mit der Abschaffung dieser Gesehe. Entbehrung, Not, trieb viele Arbeiter zu verzweiflungsvollen Taten, da erhoben sich zum Schutze des Kapitals die Bajonette!“

So verurteilte ein nicht einmal zum radikalsten Flügel der liberalen Partei gehörendes Zentrumsorgan unsere gesellschaftliche „Ordnung“ sich daselbst nicht genug tun in der Denunzierung der Arbeiterbewegung als einer angeblichen „Gefahr für Sitte und Ordnung.“ Am 22. November schrieb die „Volkszeitung“ über die „nationalen“ Epigelstypus: „Im guten alten Deutschland galt die geheime und offene Denunziation, die Angeberei, besonders aber das Anrufen der öffentlichen Gewalt gegen einzelne Mißbrüder oder ganze Stände als das ehrlöseste aller Geschäfte!“ Wer frönt heute diesem ehrlösesten aller Geschäfte am inbrünstigsten? Die „Germania“ (Berlin), das Hauptorgan des Zentrums, aber schon in derselben Zeit, wo der Königshütter Aufrührerprozeß stattfand, in Oberschlesien machten die „Goldmänner“ beim Kohlenverkauf ungeheure Gewinne: „Der Arbeiter, welcher dabei darbt, wird auch durch Schourgerichtsverhandlungen wie jetzt in Königshütte nicht gespeist, gekleidet und erwidert, sondern nur momentan gebändigt.“ Etwa ganazig Jahre später war die „Germania“ hochbefriedigt, daß die Ruhrbergleute durch Bajonette und massenhafte Streikprozesse „gebändigt“ werden sollten.“

### Alle Steinkohle unter dem Hammer.

Nach einer öffentlichen Bekanntmachung des Bochumer Amtsgerichts wird die Gewerkschaft Alte Steinkohle zwangsweise verlegt. Es handelt sich dabei um eine der ältesten, wenn nicht um die älteste Steinkohlegewerkschaft des Ruhrbezirks. Lange Jahre hatte man von dem Vorhandensein dieses Bergwerks, das heute nur aus einigen nicht abgebauten Kohlenflözen besteht, nichts gewußt, bis im Jahre 1912 die Bewohner des Stadtteils Wienschhausen durch den Bau eines provisorischen Schachtes erfuhr, daß es auch noch eine Zeche Alte Steinkohle gibt. Und doch ist, wie die „Westf. Volksztg.“ schreibt, diese Zeche im 18. Jahrhundert die größte Zeche des Bochumer Bezirkes gewesen und hat in hoher Blüte gestanden. Wie verlautet, sollte durch den provisorischen Schachtbau festgestellt werden, ob nicht Deutsch-Luzemburg und Konstantin der Große aus dem Felde von Alte Steinkohle unbeschädigterweise Kohlen schürften. Die Gewerkschaft Alte Steinkohle hatten ein großes Interesse daran, festzustellen, ob jemand und wer aus ihrem „Bütt“ die teuren Kohlen genommen hatte. Sie hatten sich zum Zwecke dieser Feststellung zu einer Gesellschaftsform vereinigt, unter der das geringstmögliche Risiko gewährleistet war. Schon im Jahre 1739 ist von Alte Steinkohle die Rede, und die Gewerkschaft hat bis zum Jahre 1770 ihre Berechtigungen ständig vergrößert. Sie hat einen verhältnismäßig umfangreichen Bergbau betrieben und war im Jahre 1755 die am stärksten belegte Zeche im Bergamt Bochum. Da die Gewerkschaft allmählich die Kohlen auszufördern hatten, kam die Zeche zum Stillliegen bis zur heutigen Zeit.

### Bebel und das Christentum.

Der von den Lippendrüsen so sehr begeisterte Pfarrer, der sich in einer Predigt mit Bebel beschäftigte, ist der Pfarrer des zürcherischen Dorfes Feuerthalen, Herr Sutermeister, der am schweizerischen Wuttag über den Bistler predigte: „Du sollst Gott den Herrn lieben von ganzem Herzen, von ganzer Seele, mit ganzem Gemüte und mit allen Kräften und deinen Nächsten wie dich selbst.“ Dabei stellte er als Vorbild eines solch gottgefälligen Lebenswandels August Bebel auf. Es ist, so jagte der Prediger unter anderem ungefähr, vor einigen Wochen in Zürich ein Mann mit fürstlichen Ehren und unter der Anteilnahme von Millionen Herzen zu Grabe getragen worden, obwohl der Dahingegangene nur aus den schlichten Arbeiter- und Handwerkerstand hervorgegangen. Ungezählte liebten ihn aber, weil sein ganzes Leben den Armen und Entbehrten geweiht war und er wie selten einer von ihm das Gebot „Liebe deinen Nächsten!“ praktisch befolgt hat. Wohl war sein Glaubensbekenntnis nicht das anrede; darauf kommt es aber gar nicht an. Er hatte den Glauben an das Gute in Menschen und war stets befreit, dem Guten zum Durchbruch zu verhelfen. Und darin liegt die höchste und schönste Betätigung der irdischen Gläubigen. Der Pfarrer forderte schließlich seine Zuhörer auf, August Bebel nachzuahmen, um dadurch am ehesten dem christlichen Ideal werktätiger Nächsten- und Nächstenliebe nahezu kommen. Ein wildes Land, diese Schweiz, wo ungezählt christliche Prediger die Rangel benützen dürfen, um einen Mann wie August Bebel als Musterbeispiel christlicher Liebestätigkeit aufzustellen! Ein wildes Land, fürwahr!

### Saargebiet und Reichslande.

#### Das Ende der Romädie.

Weil die Löhne auf den fiskalischen Gruben im Saargebiet im ersten Vierteljahr 1913 um ein Geringes gegenüber dem Jahresdurchschnitt von 1912 gestiegen sind, preist die Köln-W. Stadter Zentrums-



Lohnbewegungen und Streiks.

Zur Lohnbewegung in Waldburg.

Wie jetzt bekannt wird, hat der Eisenbahnminister die für den...

Angesichts der herrschenden Verhältnisse der hiesigen Bergarbeiter...

Ob diese beunruhigenden Momente die Grubenbesitzer veranlassen...

Briefkasten.

D. G., Stiepel. Lächelt sich nicht verwerten.

Monats-Abrechnung.

Für den Monat August 1918 hatten bei der Hauptkassa in Bochum...

Bezirk Gamm: Witten 338,80, Afferde 48,70, Altenböge 259,50...

Bezirk Linden: Beddinghausen 60, Dorf 16, Lanstrop-Forst...

Bezirk Dortmund: Asseln 259,80, Brackel 892,80, Brambauer I...

Bezirk Castrop: Wobelschwing 82, Wödinghausen 488,40...

Bezirk Siedlinghofen: Annen I 782,20, Annen II 281,40...

Bezirk Lünen: Wackerberg 80,80, Bommern 384,90, Bredenscheid...

Bezirk Bochum: Wittenbochum 254,20, Bochum I 156,10, Bochum II...

Bezirk Reddinghausen: Datteln 702,50, Ditteln 89,90...

Bezirk Dortmund: Buer 968, Butendorf 400, Wülfe 818,20...

Bezirk Gelsenkirchen: Gidell I 838, Gidell II 251,40...

Bezirk Essen: Altendorf-Muhr 125,80, Bergerhausen 228,10...

Bezirk Essen: Wittenessen I 681,40, Wittenessen II 682,80...

Bezirk Oberhausen: Alstaden 884,10, Biefang 41,80, Dümpten I...

Bezirk Wärs: Wädersloh 18, Homberg 182,40, Gochheide 218,80...

Bezirk Wachen: Wachen 110, Wilsdorf 875,10, Wardenberg...

Bezirk Gildesheim: Esche 88, Lehre 85,40, Süplingen 87,50...

Bezirk Nordhausen: Alershausen 6, Weichrode 148,40...

Bezirk Halle: Alen 79,10, Ammendorf 150,80, Wschersleben...

Bezirk Bayern (Zul): Hausham 422,20, Penzberg 987,80, Weihenstephan...

Bezirk Lugau: Bernsdorf 108, Erlbach 148,90, Gersdorf...

Bezirk Salungen: Nuwallenburg 184,90, Schmiedefeld 100,80...

Bezirk Senftenberg: Braunsdorf 40,60, Booßen 5, Groß-Nösig...

Bezirk Niederhiesien: Mit-Lütz 187,60 (0,50), Dittersbach...

Bezirk Wida: Auerbach 134, Bocha 100,40, Cainsdorf...

grün 212,80, Kübenhain 28,90, Kirchberg 78, Bindenau 10,40...

Bezirk Zeitz-Weißenfels: Altenburg 175, Bornitz 286,80...

Bezirk Borna: Borna 827,40, Braunsdorf 288,40, Döllitz 69...

Bezirk: Blauenfelder Grund 689,20, Saarabien-Lothringen 2488,75...

Folgende Zahlstellen hatten für den Monat August noch nicht abgerechnet...

Zur Beachtung! Die Bezirksleiter und Ortsverwaltungen...

Verbandsnachrichten.

An unsere Ortsverwaltungen.

Die Reservisten sind jetzt vom Militär entlassen und kehren...

Aber auch diejenigen Reservisten, welche vor ihrer Militärgeld...

Unsere Mitglieder werden ersucht, ihre Bücher immer bereit zu halten...

Adressenveränderungen.

Affledde. Kamerad Hildebrand wohnt jetzt Nordküken Nr. 207...

Bibliotheken.

Stecke. Die Bibliothek ist vom 12. Oktober ab geöffnet. Die Bücher...

Bücherrevisionen.

In folgenden Zahlstellen findet Revision der Mitgliedsbücher statt...

Krankentüchtigungs-Auszahlung.

Unter Vorzeigung des Mitgliedsbuches und des Krankenscheines...

Alle Bestellungen und Zuschriften für die Firma G. Hansmann...

Die Komödie im Sargebiet. Von Johann Seipeters.

Reinungsverkehrsordnung und Knappchaftswesen. Zweite verbesserte Auflage.

Belegschafts-Versammlungen. Sonntag, den 12. Oktober 1918.

Zahlstellen-Feste. Sonntag, den 12. Oktober, nachmittags 4 Uhr.

Zur gefälligen Beachtung! Bestellungen auf Bücher, Broschüren, Futtermal usw.

Die Bergarbeiter. Historische Darstellung der Bergarbeiter-Verhältnisse.

Der zweite Band, 760 S. Kart., ist erschienen.

August Bebel. Ein Lebensbild für deutsche Arbeiter.

International. Jahrbuch für Politik und Arbeiterbewegung.

Kranzschleifen. Mit Aufdruck - (3. Weiter Band) nach Vorricht. hergestellt.

Die Bergarbeiter. Historische Darstellung der Bergarbeiter-Verhältnisse.

Der zweite Band, 760 S. Kart., ist erschienen.

August Bebel. Ein Lebensbild für deutsche Arbeiter.

International. Jahrbuch für Politik und Arbeiterbewegung.

Kranzschleifen. Mit Aufdruck - (3. Weiter Band) nach Vorricht. hergestellt.

Die Bergarbeiter. Historische Darstellung der Bergarbeiter-Verhältnisse.

Der zweite Band, 760 S. Kart., ist erschienen.

August Bebel. Ein Lebensbild für deutsche Arbeiter.

International. Jahrbuch für Politik und Arbeiterbewegung.

Kranzschleifen. Mit Aufdruck - (3. Weiter Band) nach Vorricht. hergestellt.